

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



3 / 2006

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

„Wenn Mozart heute zur Schule ginge...“



Ein streitbares Podiumsgespräch zur Bildungskrise (von links): Bildungsforscher Wassilios E. Fthenakis, der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider, Moderator Heinrich Oberreuter, die österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrer und der Lehrerverbandspräsident Josef Kraus.

Foto: Toni Scholz

Ein Podiumsgespräch zur Bildungspolitik

Bestenfalls hätte dem Wolferl die Schule nicht geschadet, falls er es überhaupt geschafft hätte in einem Bildungssystem, vergleichbar dem heutigen, zu bestehen. Überspitzt formuliert war das das Ergebnis der Passauer Podiumsdiskussion. Vier Experten in Bildungsfragen diskutierten beim „Passauer Tetralog“ im Rahmen der Europäischen Wochen unter der Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter sehr engagiert über die Stärken und Schwächen bayerischer und österreichischer Bildungspolitik.

Seite 3

Re- oder De-Industrialisierung?



Über Sachsen auf dem Weg ins Nano-Zeitalter referierte der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt auf der Tagung über die Gefahren einer De-Industrialisierung Deutschlands.

Seite 8

Opfergeschichten – Opfergeschichte

Ob die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts mehr Ähnlichkeiten oder mehr Unterschiede aufweisen, ob sie überhaupt verglichen werden können beziehungsweise dürfen, oder ob ihre Gemeinsamkeiten nicht doch geradezu auf der Hand liegen, wird immer wieder kontrovers diskutiert. Über weite Strecken erscheint dieser Streit allerdings recht künstlich. Daher wollte diese Tagung den Blick von der globalen und damit abstrakten Beschreibung jener Diktaturen hinlenken auf exemplarische Einzelschicksale.

Seite 18



Sein Name steht für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts: Joachim Gauck

Fotos: Nerb

Inhaltsverzeichnis

<i>Passauer Tetralog:</i>	
„Wenn Mozart heute zur Schule ginge...“	3
Sanierungsbaustelle Sozialstaat	5
Neue GEDOK-Kunstausstellung	7
De-Industrialisierung ohne Grenzen?	8
<i>Zwischen Barock und Hightech:</i>	
Sachsen auf dem Weg ins Nano-Zeitalter	12
Neues Wort im Radio	13
Inhaltsforschung im Hörfunk – noch viele offene Fragen	16
Opfergeschichten – Opfergeschichte:	
Politische Verfolgung unter NS-Herrschaft und Stalinismus	18
Am Puls der Hauptstadt	21
„Der Dienst muss mit der Demokratie vereinbar sein“	24
Politik in Europa	25
Wissenschaft und öffentliche Wirksamkeit	
Hans Maier zum 75. Geburtstag	26
Monument der bayerischen Verwaltung	
Karl Böck zum 90. Geburtstag	27
Stimmungsvolles Johannifeuer am See	28
Neue Visitenkarte der Akademie	28
Pressespiegel	29
Themen – Tagungen – Termine	33
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	36

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz Eisfeld

Kollegium:

Saskia Hieber, M.A.

Internationale Politik

Stefan Köppel, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,

Sozialpolitik und -arbeit

Miriam Wolf, M.A.

Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:

Dr. Manfred Schwarzmeier

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Karin Siebert, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter

(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Passauer Tetralog:

„Wenn Mozart heute zur Schule ginge...“

Ein Podiumsgespräch zur Bildungspolitik

Bestenfalls hätte dem Wolferl die Schule nicht geschadet, falls er es überhaupt geschafft hätte in einem Bildungssystem, vergleichbar dem heutigen, zu bestehen. Überspitzt formuliert war das das Ergebnis der Passauer Podiumsdiskussion. Vier Experten in Bildungsfragen diskutierten beim „Passauer Tetralog“ im Rahmen der Europäischen Wochen unter der Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter sehr engagiert über die Stärken und Schwächen bayerischer und österreichischer Bildungspolitik: Die österreichische Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Elisabeth Gehrer, der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider, der Entwicklungspsychologe Wassilios E. Fthenakis und der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus.

Das Beispiel Mozarts, von dem Kraus polemisch anmerkte, dass er von Legasthenie bis zum ADHS-Syndrom (Hyperaktivität) im heutigen Bildungssystem jede Art von Pathologisierung erfahren hätte, steht für Kinder mit außergewöhnlichen Begabungen. Das bayerische Bildungssystem ist personell und finanziell auf breites Mittelmaß angelegt, Eliteförderung und die Förderung Minderbegabter sind finanziell nicht ausreichend ausgestattet. „Natürlich bräuchten wir mehr Geld“, waren sich die beiden Minister einig, die Frage sei nur, wofür. Mehr Flexibilität sei dringend gefragt, um den individuellen Lernmerkmalen eines Kindes – Begabung ist nur eines davon – gerecht werden zu können. Darüber herrschte Konsens auf dem Podium. Und natürlich müssten die Anforderung überdacht und individualisiert werden. Gehrer brachte es auf den Punkt: „Die übervollen Lehrpläne müssen zurückgeschrumpft werden, um Zeit zu schaffen für die Persönlichkeitsentwicklung“. Schneider hielt das für „eine heikle Frage: Was lasse ich weg?“. Denn hierzu bedürfe es auch „einer Verständigung und Kooperation von Fachvertretern“.

Wenn Mozart im heutigen Österreich zur Schule ginge, hätte er es vergleichsweise gut, hochbegabte Schüler würden individuell gefördert, kön-

nen beispielsweise „flexiblen Unterricht“ pflegen und Prüfungen kompakt am Schuljahresende ablegen – Ministerin Gehrer zeigte sich selbstbewusst:



Die österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrer wandte sich gegen das Zentralabitur.

„Hätte er auch noch denselben engagierten Vater, würde aus ihm ebenso ein Genie werden wie damals“. Sie sprach sich im Übrigen sehr deutlich gegen ein Zentralabitur aus, einem „Widerspruch zur Individualisierung“, und stellte zugleich die provokante

Frage: „Bräuchte Mozart die Matura aber überhaupt?“ Beckenbauer, ein anderer Sonderbegabter, habe auch kein Abitur, ergänzte Kraus.

Begabte noch mehr fördern

In Bayern werde derzeit intensiv über eine neue Schule mit spezieller Sportförderung nachgedacht, sagte Kultusminister Schneider, auch in Bayern sollen „Begabte künftig noch mehr gefördert werden“. Einen Vater wie Leopold Mozart bräuchte ein neuer Mozart in Bayern allerdings nicht, so Schneider. Hochbegabtenförderung funktioniere aber tatsächlich auch



Denkt über eine Schule mit spezieller Sportförderung nach: Kultusminister Siegfried Schneider.

nicht ohne Zusammenarbeit mit dem außerschulischen Umfeld. Er forderte daher „Bildungspartnerschaft“ und plädierte für „Förderung plus Breitbildung“. Das bedeutet Kooperation der Schulen beispielsweise mit Jugendarbeitern, mit Vereinen, vor allem in den

Bereichen Musik und Sport und mit den Kirchen.

Der „Früherziehungs-Spezialist“ Fthenakis vertrat die nicht unwider- sprochene These, dass Kinder von der Geburt bis zur vierten Klasse von gleich ausgebildeten Personen unterrichtet werden sollten, Erzieher und Grundschullehrer sollten also gemeinsam eine reformierte Pädagogenausbildung durchlaufen. So würden die Kinder stets mit den gleichen Anforderungen konfrontiert werden, jeder Pädagoge wisse dann, womit das Kind vorher und nachher konfrontiert ist. „Die Bildungsziele müssen von unten nach oben, vom Kindergarten bis zur Universität, konsistent entwickelt werden“, sagte der Entwicklungspsychologe – dies sei „eine individuelle, administrative und politische Notwendigkeit“.



Wassilios E. Fthenakis forderte eine gemeinsame Ausbildung für Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen.

Bei der Ausführung seiner Thesen über „Bildungspläne“ widersprach vor allem Bundesministerin Gehrer vehement, die sich gegen „verplante Kindheiten“ aussprach. Im Fokus müsse natürlich immer die „individuelle Lern-Biografie des einzelnen Kindes stehen“, konterte Fthenakis. „Gemeinsame Projekte multiplizieren die differenzierten Begabungen, Unterschiede müssen die Konnotation der Bereicherung bekommen, denn der Lerneffekt, Differenzen zu akzeptieren, führt zu gegenseitiger Anerkennung und Respekt“.



Ein streitbares Podiumsgespräch zur Bildungskrise. (Von links): Bildungsforscher Wassilios E. Fthenakis, der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider, Moderator Heinrich Oberreuter, die österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrer und der Lehrerverbandspräsident Josef Kraus.

Fotos: Scholz

„Die Entwicklung eines Genies hat mit Schule rein überhaupt nichts zu tun“, polemisierte Lehrervertreter Kraus, vielmehr habe sich in der Vergangenheit Begabung oft „trotz“ Schule entwickelt und er sehe hier auch im heutigen Bildungssystem wenig Hoffnung. „Mozart wäre heute eine schwieriger Fall als Schüler und ein Streitobjekt“. Gegenstand der Machbarkeitsdiskussion wäre er und Streitobjekt zwischen Gegnern und Befürwortern der Ganz-

zung seien schließlich „an beiden Enden des Begabungsspektrums“ zu verzeichnen. Im Übrigen, so Kraus, müsse auch in bildungspolitischen Angelegenheiten „der Ball in die Gesellschaft zurückgespielt werden. Es kann ja nicht sein, dass es immer nur bei den Forderungen an die Politiker bleibt“.

Mehr „Autonomie für die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schulen und damit selbstständige Schulen, die

„Individuell zu fördern ist eine schwierige Herausforderung des Systems, wenn weiterhin eine Schulkasse aus 25 bis 30 Individuen besteht.“

Heinrich Oberreuter

tagsschule, Streitobjekt der Psychologen und Gehirnforscher. Kraus forderte als konkrete bildungspolitische Maßnahme einen „Pool von fünf Prozent zusätzlicher Lehrerstunden, über die jede Schule frei verfügen kann“. Die Kosten seien überschaubar. Der Gewinn für die Schulen liege darin, flexibel und individuell Schüler fördern zu können. Die Defizite in der Förde-

itung seien schließlich „an beiden Enden des Begabungsspektrums“ zu verzeichnen. Im Übrigen, so Kraus, müsse auch in bildungspolitischen Angelegenheiten „der Ball in die Gesellschaft zurückgespielt werden. Es kann ja nicht sein, dass es immer nur bei den Forderungen an die Politiker bleibt“.

Karin Siebert

(siehe Pressestimmen S. 31)

Sanierungsbaustelle Sozialstaat

Konzepte der neuen Regierung auf dem Prüfstand

Der deutsche Sozialstaat wird von den Auswirkungen des demografischen Wandels, der hohen Arbeitslosigkeit und den Folgen der Globalisierung in die Zange genommen. Die Große Koalition ist gezwungen, aus sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen ein tragfähiges Programm zu entwickeln. Unsere Tagung themisierte die zentralen Probleme der Reformfelder Arbeitsmarkt, Renten und Gesundheit.

Die provokante Frage, ob der Sozialstaat am Ende sei, beantwortete Richard Hauser von der Universität Frankfurt/Main einleitend mit einem klaren Nein. Abgesehen von ideologischen Angriffen



Für Richard Hauser ist der Sozialstaat nicht am Ende.

seitens der „Neoliberalen“, sei – so Hauser – die Soziale Marktwirtschaft durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit gefährdet, denn diese untergrabe die Finanzierungsbasis der Sozialsysteme. Die Arbeitskosten könnten seiner Meinung nach aufgrund der hohen Arbeitsproduktivität nicht die Ursache für die Beschäftigungsmisere sein, zumal Arbeitskosten (Lohnnebenkosten und Steuern) und Sozialausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im europäischen Mittelfeld lägen. Die „Europäisierung“ der Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeutet, dass man sich dem allgemeinen Trend der Begrenzung des Sozialstaates nicht dauer-

haft entgegen stellen kann, verhindert aber gleichzeitig auch seinen radikalen Abbau. Die Sozialleistungen erhöhten sich aufgrund der Demographie sowie neuer Lebensstile, doch sieht Hauser genügend Finanzierungsspielraum, da Sozialprodukt und Produktivität weiter steigen. Der Preis dafür sei eine höhere Steuer- und Abgabenquote. Offen blieb die Frage nach den negativen Wachstumseffekten solcher Steuererhöhungen.



Gerhard Kleinhenz: „Die deutsche Einheit, Globalisierung und Osterweiterung stellen den Sozialstaat alter Prägung auf eine harte Probe.“
Fotos: Weichbrodt

Versäumnisse

Gerhard Kleinhenz von der Universität Passau verwies dagegen darauf, dass der freiheitliche Sozialstaat trotz beachtlicher Erfolge gravierende Versäumnisse aufweise: halbherzige Vermögensbildung seitens der Arbeitnehmer, Inkonsistenz bei der Ausdeh-

nung der Eigenvorsorge, lasche Missbrauchsbekämpfung und überdimensioniertes „Anspruchsdenken“. Durch unterlassene Anpassung an gedämpftes ökonomisches Trendwachstum verschärften sich die Fehlanreize im Sozialsystem wie die Frühverrentung. Die deutsche Einheit, Globalisierung und Osterweiterung stellten zusätzlich den Sozialstaat alter Prägung auf eine harte Probe.

Eine stärkere Betonung der „Grundsicherung“ im Renten- und Gesundheitsbereich, kombiniert mit einer teils gesetzlich geförderten privaten Vorsorge, bilden den sich nunmehr abzeichnenden Reformpfad. Die höhere Zustimmbarkeit der Jobaufnahme sollte aber durch eine gute, zeitlich begrenzte Mindestsicherung für streng geprüfte, echte Notfälle ergänzt werden. Kleinhenz kritisierte, dass vielfach an entleerten Ideologien und einer versorgungsstaatlichen Gleichstellungs politik festgehalten werde, ohne die Vision eines freiheitlichen Sozialstaates stärker zu verfolgen. Ein solcher müsste eine breite Vermögensbildung, eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine stärkere Gerechtigkeit durch die Angleichung der Start- und Prozesschancen in der Bildungs- und Familienpolitik akzentuieren.

Begrenzte Spielräume

Friedrich Seitz, Amtschef des Bayerischen Sozialministeriums, versuchte die Handlungsoptionen der Politik zu skizzieren. Sie operiere auf einem schmalen Grat zwischen hohen Erwartungen und den sich verschlechternden Rahmenbedingungen wegen chronischer Unterfinanzierung. Ein sozialpolitisches Scheitern der Großen Koalition würde das Vertrauen in die Politik insgesamt unterminieren, doch sei die Koalition nur ein Zweckbündnis mit Zwang zur Einigung. Einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners drohe allerdings Wirkungslosigkeit, doch könnten wichtige Para-

digmenwechsel wie in der Familienpolitik besser und nachhaltiger durchgesetzt werden. In weiten Bereichen seien ohnehin die Handlungsspielräume des Staates begrenzt und auf die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen beschränkt. Umso wichtiger sei es deshalb, dass der Staat aktivierend wirke und die Eigeninitiative und Selbstverantwortung des Bürgers fördere.

Thomas Röbke vom „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ versuchte diesen sozialpolitischen Ansatz zu präzisieren. Hintergrund hierfür sei eine stärkere Ökonomisierung des Sozialbereichs, ausgelöst einerseits durch den Spardruck, andererseits durch die Perspektive des Sozial-Marktes. Fragen der Effektivität, Effizienz und Qualitätssicherung rückten immer mehr ins Zentrum sozialpolitischer Überlegungen. Das Selbstverständnis des Staates ändere sich und führe weg von der Erfüllungs- hin zur Gewährleistungsverantwortung. Damit wurde auch ein Wandel zu einer stärkeren Kunden- und Bürgerorientierung eingeleitet. Zunehmend wachse auch das Selbstbewusstsein der Nutzer von Sozialleistungen. Die Folge: Leistungserbringer werden kritischer beurteilt. Eigenbeteiligung und Eigenverantwortung der Bürger würden gefördert. Die neue Situation verlange auch eine neue Verknüpfung von professionellen Diensten mit bürgerschaftlichem Engagement. Neue hybride Organisationskulturen entstünden und man könne künftig durchaus von einem „Wohlfahrtsmix“ im Kontext eines neuen Miteinanders von Haupt- und Ehrenamt sprechen. Verschiedene Möglichkeiten des Freiwilligenmanagements seien möglich, aber ein „Königsweg“ fehle.

Arbeitskosten verantwortlich

Peter Hampe von der Universität Dresden veranschaulichte die steigende Sockelarbeitslosigkeit, die in Deutschland im internationalen Vergleich bei weniger qualifizierten Langzeitarbeitslosen am höchsten liege. Die Ursachen seien weder mögliche Sättigungstendenzen auf den

Märkten, ein zunehmendes Erwerbspersonenpotenzial, die Globalisierung noch der technische Fortschritt. Die Struktur des Arbeitsmarktes und die hohen Arbeitskosten seien dagegen hauptverantwortlich.



Friedrich Seitz, Amtschef des Bayerischen Sozialministeriums, skizzierte die Optionen der Politik auf dem schmalen Grat zwischen hohen Erwartungen und den sich verschlechternden Rahmenbedingungen.

Während beispielsweise in den USA die Arbeitskosten relativ konstant blieben, das Arbeitsvolumen dagegen stark gestiegen sei, verhalte es sich in Deutschland genau umgekehrt. Hampe unterstrich, dass die Politik das Thema lange nicht ernst genommen habe und eine Ideologisierung einen wirk samen „Policy-Mix“ vereitelt habe.

Christian Holzner, Arbeitsmarktexperte des Ifo-Instituts, beklagte die Wirkungslosigkeit der bisherigen Arbeitsmarktpolitik, dauerhafte Beschäftigungsaufnahme zu fördern. Zeitarbeitsfirmen und Eingliederungszuschüsse für Behinderte und Langzeitarbeitslose zeigten positive Wirkungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ich-AGs dagegen nicht. Hartz-IV habe die Zumutbarkeit zur Arbeitsaufnahme nicht wesentlich verschärft. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten hätten sich verbessert (faktisch als eine Art Kombilohn), ohne dass die Anreize zur Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung deutlich gewachsen wären. Das vom Ifo-Institut entwickelte Konzept der „aktivierenden Sozialhilfe“ sehe dagegen vor, dass die Löhne im Niedriglohnbereich sinken und die Lohnsubventionen auch bei Vollzeitbeschäftigen im Gegenzug linear steigen. Damit könne der Übergang zu regulären Arbeitsverhältnissen ermöglicht werden.

Franz Ruland, früherer Geschäftsführer des Verbands deutscher Rentenversicherer, demonstrierte die Wirkungen der zunehmenden Alterung und der hohen Arbeitslosigkeit auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV). Um den Anstieg des Beitragssatzes begrenzen zu können, werde letztlich das Rentenniveau deutlich abgesenkt und der Renteneintritt zunehmend hinausgeschoben. Weitere Einschnitte seien nur zu vermeiden, wenn das Arbeits-



Zeichnung: Mester

potenzial stärker für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen genutzt und die Lebensarbeitszeit verlängert werde.

Winfried Schmähl von der Universität Bremen kritisierte die abnehmende Glaubwürdigkeit der GRV, da sich der Abstand zwischen der Altersrente und der sozialen Grundsicherung immer mehr verringere. Dies sei auch deshalb zu beklagen, weil die GRV weitaus krisenresistenter sei als die Kapital gedeckten Systeme und zusätzlich noch andere Lebensrisiken wie Berufsunfähigkeit abdecke.

Zu hohe Gesundheitskosten

Schließlich ging Rigmar Osterkamp vom Ifo-Institut München auf die „Krankheiten“ des Gesundheitswesens

ein. Trotz des insgesamt hohen Leistungsniveaus und der hohen Versorgungsdichte läge das Qualitätsniveau



Rigmar Osterkamp vom ifo-Institut befürchtet „weiche Reformen“ im Gesundheitssystem.

des Gesundheitswesens aufgrund von Fehlanreizen, Organisationsmängeln und des geringen Wettbewerbs unter seinem Potenzial und verursache zu hohe Kosten. Ein grundlegender Systemwechsel sei nicht in Sicht, eher werde man sich auf „weiche Reformen“ einigen, wie beispielsweise eine Kombination aus Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie – aktuell die Idee des Gesundheitsfonds.

Die vorherrschende Grundüberzeugung innerhalb der Großen Koalition heiße: Mehr Geld in das System pumpen! Ob ein solches Konzept langfristig tragfähig ist, musste auf der Tagung offen bleiben. Wahrscheinlich drohe eine „permanente Reform“. ■

Wolfgang Quaisser/
Hans-Martin Weichbrodt

(Siehe Pressestimmen Seite 32)

Neue GEDOK-Kunstausstellung

Mit einer Vernissage wurde Ende Juni die neue Ausstellung in den Räumen der Akademie eröffnet, die in Zusammenarbeit mit der GEDOK entstand. Rund 50 Kunstreunde widmeten sich den Werken von elf Künstlerinnen in den Hörsälen, Gruppenräumen und lichten Gängen. Der Empfang im neuen Foyer der Akademie wurde mit Musik von Astor Piazzolla und Celso Machado umrahmt, gespielt von Anne Torge (Mandoline) und Peter Ernst (Gitarre).

Die jährlich wechselnde Ausstellung wurde wieder von der Künstlerinnenvereinigung GEDOK organisiert. Die GEDOK (Gemeinschaft Deutscher und Österreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen) ist eine „professionell agierende Künstlerinnenorganisation, die sich über ein Netzwerk von Kontakten für alle Belange von rund 3500 Künstlerinnen einsetzt“, wie die Vorsitzende der Münchner GEDOK-Gruppe, Daniela Eiden, berichtete. Sie stellte die Arbeit der GEDOK und die Künstlerinnen der aktuellen Ausstellung vor und dankte der Akademie für die „freundliche



Freuen sich über die neue Präsentation ihrer Werke: die Künstlerinnen Yvonne Schneider, Ursula Steglich-Schaupp, Ulrike Prusseit, Gisela Brunke-Mayerhofer, Gabriele Lengersdorff und Eva Kollmar (von links).

Foto: ks

Aufnahme seit vielen, vielen Jahren“, außerdem der Ausstellungs-Organisatorin, der Breitbrunner Künstlerin Ursula Steglich-Schaupp.

Die Landtagsabgeordnete Ursula Männle schloss noch einen Dank an

die ehemalige Akademietrainerin Elke Leisching für ihre langjährige engagierte Zusammenarbeit mit der GEDOK an. Die sehr unterschiedlichen Werke sind bis zum nächsten Sommer zu sehen. ■

Karin Siebert

De-Industrialisierung ohne Grenzen?

Siemens-Vorstand: „Wir haben alles Nötige, um den Prozess der Globalisierung zu gewinnen – Talente und zukunftsträchtige Technologiegebiete“

Geht den Industrieländern allmählich die Industrie aus? Ist der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft das Heilmittel? Der Strukturwandel in allen Industrieländern läuft seit Jahrzehnten in diese Richtung, aber keineswegs unproblematisch: Speziell in Deutschland wurden seit Mitte der 70er Jahre im Industriesektor deutlich mehr Arbeitskräfte freigesetzt als der Dienstleistungssektor zusätzlich aufnahm.

Auf einer hochkarätig besetzten Fachtagung der Akademie, die der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt mit einem Vortrag eröffnete (siehe Bericht auf Seite 12), wurde versucht, diese strukturellen Veränderungen genauer zu beleuchten und dabei die Frage zu beantworten, ob die Wirtschaftspolitik etwas tun könnte beziehungsweise sollte, um mehr Beschäftigung zu erreichen.

Drei Millionen Arbeitsplätze verloren

Was sagen zunächst die empirischen Fakten? Michael Grömling vom Institut der Deutschen Wirtschaft zeigte, dass die Anteile der Industrie im inter-

bierte und annähernd drei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verloren gingen, obwohl Ostdeutschland hinzu kam. Grömling machte allerdings deutlich, dass diese Statistiken die Bedeutung der Industrie unterbelichten. Der deutsche Export und der Inlandskon-

sum sind nach wie vor stark von Industriewaren geprägt, ebenso ist die Forschung Domäne der Industrie. Selbst der Wertschöpfungsanteil der Industrie ist um etwa sieben Prozent höher zu veranschlagen, wenn man die – seit längerem deutlich zunehmenden – Vorleistungsbezüge der Industrie von anderen Sektoren mit einbezieht. Er steigt in den letzten Jahren sogar leicht an!

Michael Grömling (rechts): Statistiken bringen die tatsächliche Bedeutung der Industrie nicht zum Ausdruck. Links Tagungsleiter Peter Hampe.

nationalen Vergleich sowohl an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung als auch an der Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen sind (siehe Grafik auf der folgenden Seite). Besonders markant war dieser Rückgang in Deutschland, wo sich der Beschäftigungsanteil fast hal-

Auch Peter Kalmbach von der Universität Bremen vertrat die These, dass die Anteilsverluste der Industrie nicht mit einem entsprechendem Bedeutungsverlust gleichzusetzen seien. Er verwies dabei auf die wachsende Bedeutung Unternehmens-bezogener beziehungsweise Produkt-begleitender

Dienstleistungen (zum Beispiel in Form von Instandhaltungen, Reparaturen und Schulungen), die die Komplementärbeziehungen zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor deutlich machen. Hier gilt das Motto: Was gut für die Industrie ist, ist auch gut für die betreffenden Dienstleistungen. Kränkt die Industrie, schwächt dies auch die Nachfrage nach Dienstleistungen! Aus all dem folgt, dass ein starker Industriesektor nach wie vor von erheblicher Bedeutung für unsere Wirtschaft ist.

Welche Beschäftigungspotenziale bietet der Dienstleistungsbereich insgesamt? Alexandra Wagner vom „Forschungsteam Internationaler Arbeits-



*Alexandra Wagner zeigte verschiedene Wege zur Dienstleistungsgesellschaft.
Fotos: Nerb*

markt“ in Berlin legte dar, dass die Dienstleistungsbeschäftigung in allen EU-Staaten in den letzten Jahrzehnten spürbar zugenommen hat, wenngleich in unterschiedlichem Tempo beziehungsweise Ausmaß. Zur Messung stehen allerdings verschiedenartige Indikatoren zur Verfügung. Es macht deutliche Unterschiede, ob die Dienstleistungsbeschäftigung nach Personen oder nach deren Arbeitszeiten ermit-

telt wird, ob sektorale oder nach Tätigkeiten gemessen wird, ob ihr relatives oder absolutes Niveau untersucht wird. Deutschland liegt jedenfalls unter den EU-Staaten hinsichtlich seiner Dienstleistungsbeschäftigung im Mittelfeld, gleich welcher Indikator herangezogen wird. Frau Wagner benannte schließlich einige Triebkräfte, die die Entwicklung der Dienstleistungen beeinflussen und unterschied „drei Wege zur Dienstleistungsgesellschaft“: das schwedische (hohes Ausmaß staatlicher Dienste), das US-amerikanische (hohes Ausmaß von marktlichen Dienstleistungen) und das deutsche Gesellschaftsmodell (hohes Ausmaß an unbezahlten Dienstleistungen im Haushaltsbereich).

Wie sehen nun die Industrieunternehmen selbst den Prozess der De-Industrialisierung, und zwar insbesondere High-Tech-Unternehmen, die (noch) in Deutschland und Europa produzieren? Peter Bauer vom Vorstand der Infineon AG erläuterte die Charakteristika der Halbleiterbranche, die enorm kapital-, forschungs- und wissensintensiv arbeitet. Die Produktion erfolgt in rund 400 einzelnen Schritten. Die ver-



Peter Bauer: „Industrie bleibt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“

netzte Weltwirtschaft erlaubt es heute, jeden Schritt an dem Standort auszuführen, der dafür am effizientesten, nicht unbedingt am billigsten erscheint. Aufgrund einer entsprechenden Mischkalkulation können dann (auch noch) Werke im Hochlohnland Deutschland betrieben werden. Infineon hat dies in Dresden gezeigt. Die Standortwahl

nach der Wende erfolgte nicht wegen der öffentlichen Zuschüsse, die dem Staat im übrigen auf längere Sicht ein Mehrfaches an Einnahmen bescheren, sondern vor allem wegen der in der Region Dresden vorhandenen Forschungsinfrastruktur mit hochqualifiziertem Personal, wegen schneller Genehmigungsverfahren durch die Behörden und wegen eines relativ flexiblen Arbeitsmarktes. Das Beispiel zeigt anschaulich, dass Industrie und ihre Wertschöpfung in Deutschland auch unter den Bedingungen der Globalisierung in einem bestimmten Umfang gehalten werden kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählte Bauer vor allem das Steuer- und Abgabensystem, das Ausbildungssystem, das Arbeitsrecht und eine Standortförderung, die zum mindesten global vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schafft.

Leitmärkte schaffen

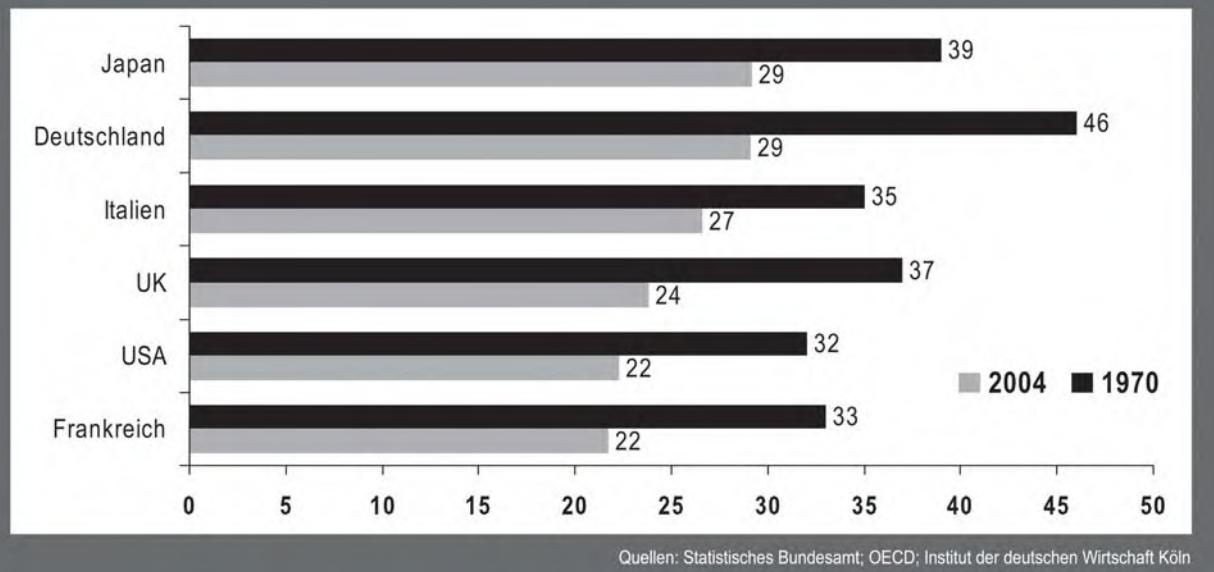
Edward G. Krubasik vom Zentralvorstand der Siemens AG stellte die Chancen der deutschen und europäischen Industrie im globalen Wettbewerb in den Vordergrund seiner Rede. Sie



Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Industrieanteile im internationalen Vergleich

Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Prozent



müsste auf allen globalen Wachstumsmärkten erfolgreich präsent sein: „So schaffen drei lokale Arbeitsplätze in China auch einen zusätzlichen in Deutschland“. Soweit bei uns Wertschöpfung verloren geht, weil andere Regionen mehr Investitionen anziehen



Edward G. Krubasik plädierte für flexiblere und längere Jahres- und Lebensarbeitszeiten.

und sich rascher entwickeln, müssen wir durch Innovation und Anwendung neuer Technologien bei uns neue Leitmärkte schaffen. „Die auf Wachstum und Arbeitsplätze gerichtete Lissabon-Agenda der EU ist dazu die richtige Strategie.“ Sie erfordere aber auch Maßnahmen der Restrukturierung – „Neues aufbauen heißt auch Altes abbauen“ – und Kostensenkungen. Krubasik plädierte für flexiblere und längere Jahres- und Lebensarbeitszeiten sowie für die Senkung der Lohnnebenkosten. Ansonsten brauche Europa keinen Vergleich zu scheuen. „Wir haben alles Nötige, um den Prozess der Globalisierung zu gewinnen: nämlich genügend Talente und zukunftsträchtige Technologiegebiete.“ Allein Deutschland verfüge heute über 128 Cluster, die in ihren Innovationsfeldern Spitzenleistungen erzielten. Für die Nutzung dieser Potenziale seien exzellente Ausbildung und wettbewerbsintensive Märkte mit Kunden, die immer Besseres verlangen, hilfreich. Wir könnten nur durch Technik überleben und sollten unsere Mitbürger von all diesen Chancen überzeugen. ■

Peter Hampe

Wie viel Staat braucht der Markt? Kontroversen um die nötige aktive Industriepolitik

Inwiefern kann beziehungsweise sollte der Trend zur De-Industrialisierung durch politische Interventionen aufgehalten werden? Wie können strukturell gewünschte Entwicklungen gefördert werden? So kontrovers diese Fragen der Industriepolitik in der Vergangenheit diskutiert wurden, so aktuell bleiben sie bis heute im Kontext der Globalisierung und des weltweiten Standortwettbewerbs. Letztlich geht es immer wieder um die alte Frage, ob der Staat in die Marktprozesse eingreifen soll, um den Strukturwandel in eine bestimmte Richtung zu lenken oder aufzuhalten und um nationale Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise zu schaffen. Dabei spielen auch „nationale Eigenheiten“ eine Rolle. Während die Franzosen traditionell auf die Industriepolitik setzen, um ihre nationalen „Champions“ zu verteidigen

Diese „klassische“ deutsche Position konnte niemand besser erläutern als der Abteilungsleiter für Industriepolitik im Bundeswirtschaftsministerium, Carsten Hegerfeldt. Zentrales Anliegen des deutschen Ansatzes sei es, der deutschen Industrie ein „equal-level playing field“ zu garantieren. Der deutschen Industrie müssten gleiche Entwicklungsvoraussetzungen auch im Ausland gewährt werden. Die deutsche Industrie dürfe nicht „bergauf spielen müssen“. Mit konkreten Beispielen (Werften in Korea, Flugzeugbau in den USA) führte er an, wie die deutsche oder europäische Seite im Ausland intervenierte. Dabei entfachte sein Ministerium vielfach auch „Störfeuer“ gegen andere Bundesministerien, wenn es darum gehe, steuerliche und umweltpolitische Regulierungen zu verhindern, die zu einer Bedrohung für die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie werden könnten. Hier sei glücklicherweise seit Minister Wolfgang Clement ein Paradigmenwechsel zugunsten der Belange der deutschen Industrie zu beobachten.



Didier Herbert: zu wenig neue Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologie.

gen oder aufzubauen, halten die „liberalen“ Briten recht wenig von Industriepolitik. Sie setzen auf die rationale Allokation des Marktes und auf den Freihandel. So werden Firmenübernahmen durch ausländische Unternehmen begrüßt, in Frankreich dagegen als Bedrohung der nationalen Identität empfunden. Deutschland nimmt dabei eine „Mittelposition“ ein und setzt vorrangig – zumindest verbal – auf das ordnungspolitische Konzept der Schaffung „günstiger Rahmenbedingungen“ für die Wirtschaft.

Die Industriepolitik verliert wegen des europäischen Binnenmarktes immer mehr ihre nationale Dimension und kann wirkungsvoll nur noch auf europäischer Ebene erfolgen. Nicht zuletzt deshalb konzentriert sich die Lobbyarbeit immer mehr auf Brüssel. Didier Herbert von der Europäischen Kommission verdeutlichte anschaulich, dass Europas Industrie zwar stark sei, doch im globalen Wettbewerb, vor allem mit Nordamerika und Asien, im Forschungs- und Entwicklungsbereich verstärkt verteidigt werden müsse, um auch künftig ausreichend Wachstum und Beschäftigung auf hohem Einkommensniveau zu generieren. Eine Schwäche Europas sei, dass zu wenig neue Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologie entstünden, da offensichtlich die Rahmenbedingungen in den USA und zunehmend auch in Asien dafür besser seien.

Die auf Initiative von Schröder und Blair ab 2002 neu belebte europäische

Industriepolitik setze – so Herbert – nicht mehr auf Subventionen für spezifische Sektoren, sondern sei im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ insofern „pro-aktiv“, als sie horizontal und sektoral die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa zu verbessern versuche.

Europäische Spitzentechnologie

Das erfolgreiche „Airbus-Beispiel“ zeige allerdings, dass nationale Regierungen auch ohne EU-Kommission wirksam kooperieren können, um in einer Schlüsseltechnologie – dank beachtlicher Subventionen – den Amerikanern ihre letztlich durch subventionierte Rüstungsproduktion entstandene Vormachtstellung im Flugzeugbau zu nehmen. Allerdings hat dieses Vorgehen immer den Beigeschmack einer „beggar-thy-neighbour“ Politik, die – wie auch geschehen – den Keim für Konflikte mit Handelspartnern in sich trage. Letztlich wird man diesen Ansatz aber weiter verfolgen, um technologische Schlüsselprojekte wie die Rakete „Ariane“ voranzutreiben. Dabei könnte es auch sein, dass technologische „Spill-overs“ für die Gesamtwirtschaft erzeugt werden, was im Rahmen der klassischen Theorie eigentlich die einzige schlüssige Begründung für Industriepolitik wäre.

Wie stark in der Vergangenheit „nationale Präferenzen“ den Strukturwandel prägten, wird am Beispiel des klassischen Dienstleistungsbereichs im Banken- und Finanzsektor deutlich. Martin Hüfner, ehemaliger Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, veranschaulichte dies am Beispiel des Konfliktes um die Privilegien der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken in Deutschland, die den deutschen und internationalen Geschäftsbanken ein Dorn im Auge waren. Hüfner war selbst jahrelang Akteur in dieser Angelegenheit auf der „Brüsseler Bühne“. Seine zentrale These lautete, dass die Privilegien des öffentlich-rechtlichen Bankensektors in Deutschland nicht nur zur Wettbewerbsverzerrung führten, sondern auch die Entwicklung der privaten Geschäftsbanken zum Schaden des ge-

samten Banken- und Finanzstandort Deutschlands massiv beeinträchtigt haben. Es sei deshalb kein Zufall, dass die deutschen Banken europaweit und international deutlich zurückgefallen sind und teilweise als Übernahmekandidaten gehandelt werden. Die noch in den 1990er Jahren gehegte Hoffnung, Frankfurt am Main könne im Zuge der Euro-Einführung und als EZB-Stand-



Martin Hüfner sieht Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Bankensektor.

ort London den Rang als europäisches Finanzzentrum ablaufen, erwies sich als Illusion. Erst auf Druck Brüssels ändere sich die Situation langsam, doch ob die großen deutschen Banken im internationalen Wettbewerb bestehen können, bleibt offen.

Joachim Ragnitz vom Wirtschaftsforschungsinstitut in Halle nahm nochmals den klassischen deutschen Industriesektor ins Visier. Deutschland werde seinen Industriestandort nur verteidigen können, wenn es sich auf die Bereiche der human- und technologieintensiven Bereiche konzentriere und im Verbund industrienahen Dienstleistungen anbiete. Dass in diesem Prozess der relative Anteil der Industrie weiter zurückgehen werde, sei ein normaler Vorgang, der keinerlei politischer Intervention bedürfe. Das zentrale wirtschaftspolitische Problem sei vielmehr die hohe Arbeitslosigkeit, die mit dem Lohnniveau im weniger qualifizierten Dienstleistungsbereich und dem langsamen Strukturwandel zugunsten dieses Sektors in Verbindung stehe. Eine Lockerung der rechtlichen Beschränkungen und eine Flexibilisie-

rung der Arbeitsmarktbedingungen könnte diesen Strukturwandel erleichtern.

Diese Thesen boten wiederum genügend Angriffsfläche für Astrid Ziegler von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, die von diesen Vorschlägen wenig hielt. Industriepolitik sei gängige Praxis aller Staaten. Die Frage laute also nicht „ob“, sondern „wie“ eine solche Politik aussehen habe. Sie plädierte für eine „aktive Industriepolitik“, die das Wachstum der industriellen Basis stärke, Industriebeschäftigung sichere und ausbaue und internationale Wettbewerbsfähigkeit fördere. Es gehe darum, Fehlentwick-



Astrid Ziegler: Gestaltungs- und nicht Verdrängungswettbewerb.

lungen zu verhindern oder zu korrigieren, die Akzeptanz von Umstrukturierungen zu gewährleisten und die zeitliche Dimension zu strecken, dauerhafte Beschäftigungsperspektiven zu sichern sowie Umstrukturierung über Innovationen zu forcieren.

Gestaltungs- und nicht Verdrängungswettbewerb gelte es im Rahmen eines alle staatlichen Ebenen umfassenden „intelligenten Politik-Mix“ zu organisieren. Hohe Ansprüche, hinter denen die These vom „Marktversagen“ durchschimmerte, das der „kluge Staat“ zu korrigieren habe. Er müsse dabei weit aus aktiver als bisher, auch mit Subventionen, an die bestimmte Auflagen und Zielvorgaben geknüpft sind, industrielpolitisch agieren. Dieser Ansatz sorgte auf der Tagung für eine lebhafte Diskussion. Die unterschiedlichen Bewertungen darüber, warum und wann der Staat mehr „wisse“ als der Markt, blieben kontrovers im Raum stehen. ■

Wolfgang Quaisser

(siehe Presseschau Seite 30)

Zwischen Barock und Hightech:

Sachsen auf dem Weg ins Nano-Zeitalter

Ministerpräsident Milbradt über die besondere Situation der neuen Bundesländer

Sachsen wurde besonders früh, rasch und stark industrialisiert. Auch während der DDR-Zeit war Sachsen's Industrialisierungsgrad besonders hoch. 1989 stellte es 54 Prozent der DDR-Beschäftigten. Die Produktivität blieb allerdings systembedingt niedrig, so dass die Übernahme des westdeutschen Preis- und Lohnsystems im Zuge der Einheit zu einem Rückgang der ostdeutschen Industrieproduktion und -beschäftigung von 75 bis 80 Prozent führte.

Was sollte die Politik nun tun? Sicherlich waren die westdeutschen Industriekapazitäten groß genug, um den ostdeutschen Bedarf mit zu decken. Aber ein über westdeutsche Transfers finanziert „Freizeitpark“ war keine Lösung für 15 Millionen Menschen. Sollte Sachsen allmählich wieder auf eigenen Füßen stehen, war es nötig, einen Re-Industrialisierungsprozess mit staatlicher Hilfe einzuleiten. Denn der Mensch kann nicht allein von Dienstleistungen und Bits leben. Außerdem werden in einer Gesellschaft ohne Industrie auch keine industriahnahen Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung, also Planer, Architekten und Anwälte benötigt. Natürlich war damit noch nicht die Frage gelöst, welche Industrien aufgebaut werden sollten. Es schien den politisch Verantwortlichen weder Sinn zu machen, die alten Industrien zu beleben, noch völlig neue aufzubauen. „Wir entschieden uns dafür – eine richtige Überlegung, wie sich später zeigte – an vorhandenen Wurzeln vor allem der beruflichen Qualifikation anzuknüpfen und nach Investoren zu suchen, die dies mit modernem Know-how, Produkten und Märkten kombinieren konnten“, sagte Milbradt.

In drei Bereichen habe dies gut funktioniert: In der Automobilindustrie gelang es VW anzusiedeln, BMW und Porsche zogen später nach. Dies führ-

te wiederum – trotz der osteuropäischen Konkurrenz mit deutlich niedrigeren Löhnen – zu einer Wiederbelebung der Zulieferindustrie mit etwa 60 000 Arbeitsplätzen. Wiederbelebt werden konnte – wenn auch auf niedrigerem Niveau – der Maschinenbau. Am spektakulärsten verlief aber die

Basis vorhandener Stärken zu fördern, die dann weitere Waggons ziehen können“, sagte der sächsische Ministerpräsident. Politisch stößt diese „Cluster-Strategie“ allerdings immer wieder auf Schwierigkeiten und wird als ungerecht empfunden. Wirtschaftsförderung sei aber kein Unterfall der Sozialpolitik, die gerade die Schwächeren stützt. Zu überlegen sei vielmehr, wo der vom Staat kommende Euro das Meiste bewirke. Daher habe auch der Versuch keinen Sinn gemacht, Branchen zu retten die vor allem wegen des Lohnniveaus in Deutschland keine Chancen mehr hatten, wie die Textil- oder Schuhindustrie. Aber auch diese Beispiele zeigen, dass der generelle Rückgang der Industrie in den westlichen Ländern kein naturwüchsiger Prozess ist, sondern mit der Lohn- und Wohlstandsentwicklung zusammenhängt. Weltweit gesehen gibt es eher eine deutliche Zunahme der Industrie,

doch die industriellen Standorte verschieben sich im globalen Raum. Daher stellt sich schon die Frage, ob die europäische und speziell die deutsche Politik es sich auf Dauer leisten können, so rasch zu de-industrialisieren, mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit vor allem bei den geringer qualifizierten Arbeitskräften. „Ohne einen ergänzenden Niedriglohnbereich werden wir dieses Problem nicht lösen können“, sagte Milbradt. Die soziale Sicherung der Menschen sollte von der Lohnstruktur gelöst werden, sonst werde unser System kollabieren – in diesem Zusammenhang plädierte der sächsische Ministerpräsident für Mindesteinkommen, statt Mindestlöhnen. ■

PH



Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt erläuterte den Re-Industrialisierungsprozess in Ostdeutschland.

Entwicklung in der Chip-Industrie. Hier riskierte es der sächsische Staat, von der Treuhand den Restkern des DDR-Kombinats „Robotron“ zu übernehmen, bis es gelang, mit Infineon einen Investor zu finden, der die technische Infrastruktur und die qualifizierten Arbeitskräfte für seine Chip-Produktion nutzen konnte. Dem folgten der amerikanische AMD-Konzern und weitere Zulieferer nach, die Dresden quasi zu einem „sächsischen Silicon Valley“ machten.

Keine Gießkannenpolitik

„Unsere Philosophie war und ist es also, nicht Gießkannenpolitik zu betreiben, sondern ‚Lokomotiven‘ auf der

Neues Wort im Radio

Damit Moderatoren nicht zur „Claimbox“ mutieren

„Die Moderatoren der modernen Mainstreamradios sind vom Inhaltstransporteur zur Claimbox mutiert, nur damit sich bei der jährlich zwei Mal statt findenden Reichweitenuntersuchung möglichst viele Befragte an den jeweiligen Sender erinnern!“ Provokante Worte von Florian Schwinn, Chefredakteur des Magazins „Cut“, zum Auftakt des Hörfunkseminars der Akademie und des Projektteams Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung. Chefredakteure, Programmchefs und -planer öffentlich-rechtlicher und privater Radiostationen aus ganz Deutschland hatten sich versammelt, um mit kompetenten Referenten aus der Branche über die neue Bedeutung des Wortes im Hörfunk zu diskutieren. Das Fazit: Regionalität, journalistisches Handwerk und innovative Wortstrecken werden neu entdeckt. Immer mehr Radiostationen sehen darin eine Chance, sich erfolgreich (neu) zu positionieren.

In seinem provozierenden Vortrag verglich Florian Schwinn die Media-Analyse (MA) mit der italienischen Cosa Nostra. Beide streben nach dem Erhalt der Familie – also der Wirtschaftlichkeit des Senders. Trotz-



Florian Schwinn; „Cut“-Chefredakteur: „Wir müssen das Falschgeld der Media-Analyse durch echte Münzen ersetzen.“

Fotos: Schröder

dem steht am Ende der Tod. Seine Folgerung: Radio wird nicht für die Hörer gemacht und die MA misst in Wirklichkeit nicht die Zuhörerquote, sondern lediglich die Abrufbarkeit von Radio Claims. Diese Claims setze der Radiomacher mit Radio gleich und zusätzlich glaube er noch an die Sta-

tistik der MA, dass ein Befragter für 2800 Hörer gilt. Wortsendungen zählen sich in der Statistik der MA im Gegensatz zu Claims nicht aus. Sie kosten vielmehr Geld, im Gegensatz zur Musik. Radiomacher erlägen der Gehirnwäsche der MA und ließen sich gleichschalten.

Neupositionierung mit mehr Regionalität

Seitdem die Media-Analyse 2003 dem Sender ffn aus Niedersachsen sinkende Hörerzahlen bescherte, besinnt man sich dort auf die einstigen Kernkompetenzen: frecher, dreister als die anderen und sehr norddeutsch! Das berühmte „Frühstyxradio“ erlebte sein Revival und der Slogan „Na denn ...ffn!“ tönt wieder über den Sender. Timm Busche, Moderator und bei radio ffn zuständig für die On-Air-Koordination, stellte die Rezepte der Redaktion vor.

Die These der ffn’ler: In einem hart umkämpften Markt mit Radiosendern, die eine vergleichbare Zielgruppe bedienen, können maximal zehn Prozent Marktanteil über Musik bewegt werden. Wurden vor noch wenigen Jahren die Musikmischung und ein stringentes On-Air-Design als Allheilmittel eines Senders gesehen, so sei dies heute lediglich „Aspirin“: Jeder sollte

es im Schrank haben. Es gehört zur Grundausstattung. Den Unterschied aber mache das Wort. Bei ffn soll es authentisch wirken, relevant sein für die Zuhörer und sich immer wieder auf Niedersachsen beziehen.

Die Moderatoren bei ffn wurden vom Aufsagen der Claims befreit. Sie dürfen wieder eigene Erlebnisse und Gefühle On-Air mitteilen und wirken so nach Meinung des Senders viel authentischer. Unerwartete Ereignisse von Bedeutung erlauben das Brechen von Regeln.



Timm Busche, Moderator bei radio ffn: „100 Prozent Niedersachsen.“

Keine Claims, dafür Slogans wie „100 Prozent Niedersachsen“, die zwecks Glaubwürdigkeit auch eingehalten werden. Dafür sorgen bei ffn tägliche Reportagen und Nachrichten aus sechs Regionalstudios. Das Personal im Programm wurde aufgestockt und ein Niedersachsen-Reporter taucht immer wieder im Programm auf, wenn irgend etwas außergewöhnliches im Kernsendegebiet passiert.

Recherche – eine Schlüsselqualifikation

„Recherche-freie Zonen sind kein Privatradioprivileg!“ Georg Rose, Chefredakteur von Radio Wuppertal, sieht überall Defizite in der Ausbildung zur Recherche. Ob das Recherche-Training in den Redaktionen heute eher ein Ausbildungsdrum ist, diskutierte er

mit Annette Hillebrand, Direktorin der Akademie für Publizistik in Hamburg, und der Medienberaterin Yvonne Malak aus Berlin.

Eine traurige Bilanz zog Annette Hillebrand. In Hamburg mache man im Rahmen der vierwöchigen Volontärskurse die Erfahrung, dass die Vorkenntnisse der Volontäre aller Mediengattungen immer schlechter werden.



Annette Hillebrand: „Spezielle Angebote für Recherche-Seminare werden nur zögernd gebucht.“

Offenbar gibt es zu selten Anleitungen und Feedback und wenige Vorbilder in den Heimatredaktionen. Ein bis zwei Tage widmet man sich in den Volontärskursen dem Thema Recherche, der Rest der vier Wochen dient dem Kennenlernen aller Darstellungsformen, vom Kommentar bis zur Reportage. Spezielle Angebote für Recherche-Seminare würden nur zögernd gebucht, schließlich gäbe kein Journalist gerne zu, dass er das Recherchieren noch üben müsse. Und Recherche ohne greifbare Ergebnisse – in welcher Redaktion sei das überhaupt noch möglich?

Für Yvonne Malak, Privatradioprofi mit 20-jähriger Erfahrung, zählte naturgemäß vor allem die Quote. „Abschaltfaktoren minimieren und Einschaltfaktoren generieren“, lautet die Devise. Da es über die Wirkung des Wortes auf den Zuhörer erschreckend wenig handfeste Forschungsergebnisse gibt, ist ihre These an und für sich folgerichtig: „Die Radiostationen ste-

cken viel Geld in die Forschung zur Akzeptanz der Musiktitel, da kann man es nicht wagen, einen ungeprüften Beitrag zu senden.“ Das Motto könnte also lauten: „Was wir nicht senden, kann uns nicht schaden.“



Yvonne Malak, Privatradioprofi aus Berlin: „Abschaltfaktoren minimieren und Einschaltfaktoren generieren.“



Georg Rose, Chefredakteur von Radio Wuppertal: „Professionelle Berichterstattung steigert die Einschaltquote.“

Georg Rose, der mehrfach für seine kommunalpolitische Berichterstattung und investigativen Recherchen ausgezeichnet wurde, sieht das Recherche-dilemma ganz pragmatisch: In allen Redaktionen – ob privat oder öffentlich-rechtlich – gebe es Terminjournalismus. Da werden Pressemitteilungen ungeprüft wiedergekäut, zu enge persönliche Kontakte gepflegt. Dabei gehe es doch gar nicht nur um die gro-

ße, investigative Recherche. „Wir müssen bei der ganz normalen Recherche wieder anfangen. Das heißt: hinterfragen!“ Besser sei es, ein Thema ausführlich zu bearbeiten, als viele Themen nur oberflächlich zu behandeln. Recherche, so betonte Rose, sei keine „hohe Kunst“, sondern Handwerk. Dazu gehörten: Fehlerfreies Arbeiten, Definition der Rechercheziele, Sammeln von schriftlichen Beweisen, Sammeln von möglichst vielen Informationen und Geheimhaltung der Recherche. Professionelle Berichterstattung, so weiß Rose aus eigener Erfahrung, steigert die Einschaltquote.

Regionalisierung

Das Markenzeichen von Andreas Heine, dem Chefredakteur von „Radio MK“ (Märkischer Kreis) ist „100 Prozent von hier“: „Das regionale Wort ist unser Alleinstellungsmerkmal.“ Er sendet alle 30 Minuten regionale Nachrichten. „Mein Hörer weiß mehr aus dem Lokalen!“ Auch er bricht gelegentlich das Format, wenn es die lokale Aktualität erfordert.

Für Andreas Schulz, Programmchef bei Radio FFH (Hessen), könnte Radio so schön sein, „wenn die Hörerbedürfnisse nicht wären“. Als kommerzielles, landesweites Radio „wollen wir die meisten Hörer“. Und dabei sei das Wort nun mal ein riskanter Weg. Der Hörer dürfe nicht überfordert werden. Der durchschnittliche Moderator habe Abitur, der Hörer nicht unbedingt. Für Schulz ist Relevanz der Beiträge gleich dem Hörerbedürfnis. Und Relevanz heißt: Gesprächswert, Aktualität, Nutzwert, Regionalität und Unterhaltung. Und vor allem: echte Gefühle. Nur wenn im Radio das Leben der Hörer abgebildet werde, schalten sie ein oder nicht ab.

Ein privater Wortradio-Exot aus dem Raum Stuttgart ist Radio Wilantis als „Wissens-Radio“ mit über 80 Prozent Wortanteil. Das Projekt befindet sich noch im Aufbau und wird von mittelständischen Unternehmen finanziert. Musik wird nur als technischer Pausenfüller eingesetzt und liegt jenseits des Mainstreams.

Extrem hoher Wortanteil und Hörerbeteiligung – diese Mischung funktioniert bei WDR 5 täglich vormittags ab 9.20 Uhr 40 Minuten lang mit dem „Tagesgespräch“. Es gibt weder Musik noch Werbung. „Jede Sekunde gehört dem Hörer.“ Die Redakteurin Sabine Brandi verzeichnet durchschnitt-



*WDR-Redakteurin Sabine Brandi:
„Jede Sekunde gehört dem Hörer.“*

lich 3,8 Prozent Marktanteil für dieses tagesaktuelle Konzept, bei dem Hörerinnen und Hörer mit einem Experten im Studio diskutieren. Ein vergleichbares Format sendet Bayern 2 seit über zehn Jahren täglich mittags um 12.05 Uhr eine knappe Stunde lang unter dem gleichen Titel. Der Mut zum reinen Wort-Sendeplatz in der Prime-time hat sich offenbar bewährt.

Minihörspiele

Seit September 2004 präsentiert Deutschlandradio Kultur eine neue Hörspielform im Tagesprogramm, „die Wurfsendung“. Die maximal 45-sekündige Hörsendung wirbt für „abwegige Gedanken, neue Wahrnehmungen und intelligenten Humor“. Ob Krimi, O-Ton-Collage, Kurzfeature, Limerick, Gedicht oder Aphorismus – dem Experimentieren mit Formen und Inhalten sind keine Grenzen gesetzt. Projektleiterin ist Nathalie Singer.

Die Wurfsendungen haben inzwischen Kultstatus erreicht. Mittlerweile wurden über 700 dieser Minihörspiele in Form von über 50 Serien produziert, an denen insgesamt mehr als 300 Autoren, Regisseure, Schauspieler und

Produzenten mitgewirkt haben. Die aus einer, zwei oder drei Wurfsendungen bestehenden Wurfpakete werden einmal stündlich, von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr geschaltet. Wann genau, weiß man nicht. Eine speziell für dieses neue Radioformat entwickelte Software, der Wurfgenerator, setzt per Zufallsprinzip die einzelnen Wurfpakete zusammen.

Podcast und Co

Wie neue Medien das Radio verändern, schilderte Dietmar Timm von der Programmdirektion des Deutschlandfunk. Seine These: nicht die neuen Medien, sondern die Programmacher haben das Radio verändert. Musik, Werbung und Spiele statt Wort. „Nun schlägt die Hörerschaft mit Hilfe neuer Medien wie dem Podcast und dem Internet zurück.“ Die reinen Musikprogramme haben deutlich an Attraktivität verloren, seit das Internet viele legale Möglichkeiten bietet, sich sein individuelles Musikprogramm zusammenzustellen und herunterzuladen.

Die Überlebenschance für das Radio bietet das Wort. Solide recherchierte, journalistische Inhalte – also Wortbeiträge von der Nachricht bis zum Hörspiel machen es konkurrenzfähig. Viele Sender haben sich darauf eingestellt und bieten Wortsendungen als Podcast zum Herunterladen im Internet an.

Die neuen Verbreitungswege haben die Arbeit im Radio längst verändert. Zu-

satzinformationen für die Internet-Begleitung müssen mitgedacht werden. Der technische Trend geht zum Multifunktionsgerät, das alles vereint. Timm prognostizierte dem Radio als Produzent von Wort-Inhalten eine glänzende Zukunft.



Dietmar Timm: „Die Überlebenschance für das Radio bietet das Wort.“

Das Fazit von Florian Schwinn fiel nüchtern aus: „Der neue Anfang für das Wort braucht saubere Daten zur Hörerforschung. Es könnte sie geben. Aber vorher müssen wir das Schweigen brechen über die falschen, die unsauberen Daten. Wir müssen das Falschgeld der Media-Analyse durch echte Münzen ersetzen.“ ■

*Inge Seibel-Müller/
Michael Schröder/Veronika Wagner*

Linktipps zum Thema:

Tagungsdokumentation: www.hoerfunker.de

Medienforschung/MediaPerspektiven:
<http://www.ard-werbung.de/mp/>

Ideen und Innovationen: <http://www.ideologen.de/index.htm>

Wurfsendung: <http://www.dradio.de/wurf/index.php>

Tagesgespräch:
<http://www.wdr5.de/sendungen/tagesgespraech.phtml>
<http://www.br-online.de/bayern-heute/sendungen/tagesgespraech/index.xml>

Podcast: <http://www.dradio.de/podcast/>

Sender:
<http://www.radiowuppertal.de> <http://www.radio-mk.de>
<http://www.ffh.de> <http://www.wilantis.de>
<http://www.ffn.de> <http://www.dradio.de>

Inhaltsforschung im Hörfunk - noch viele offene Fragen

Während die Musik bei den Hörfunksendern akribisch getestet wird, weiß man in den Redaktionen herzlich wenig über die Akzeptanz des Wortprogramms im Detail. Vom hr-Medienforscher Ekkehardt Oehmichen war zu erfahren, dass die Frage nach der Akzeptanz von Gestaltungsformen im Hörfunk zwar gründliche Untersuchungen Wert sei, gemessen an der Fernsehforschung spiele jedoch die Inhaltsforschung im Hörfunk seit jeher eine untergeordnete Rolle. Die dem Medienwissenschaftler gestellte Frage: „Das Wort im Radio – Hinhörer oder Abschalter?“ wäre also – auch im Detail – durchaus ein wissenschaftlich spannendes Betätigungsgebiet. Salopp formuliert könnte man jedoch sagen: Es fehlt an den Auftraggebern.

Informationsansprüche an das Radio

Als häufigste Nutzungsmotive gaben 42 Prozent der rund 1000 Befragten im letzten hr-trend vom Dezember



Ekkehardt Oehmichen ist Medienforscher beim Hessischen Rundfunk: „Der hohe Stellenwert der Musik ist offenbar rückläufig.“

Foto: ism

2005 an, sie hörten Radio, weil sie über alles Wichtige in der Welt informiert sein möchten. Im September 2000 waren das noch zwei Prozent weniger, so dass man sagen kann, der Anspruch ans Radio als Informationsmedium weist

eine steigende Tendenz auf. Der Wissenschaftler erklärt sich das mit der prekären ökonomischen Lage ohne überzeugende Lösungsansätze. In schwierigen Situationen sucht der Mensch nach Orientierung. Gar um fünf Prozent gestiegen ist zwischen 2000 und 2005 der Anteil derjenigen, die meinen, das Radio bringe ihnen Denkanstöße. Um vier Prozent nach oben weist auch die Kurve derjenigen, die Radio hören, weil sie mehr über ihre Region erfahren wollen.

Die Erwartung, vom Radio angenehm begleitet zu werden, hat in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls um rund drei Prozent zugenommen. Interessant ist dabei, dass laut hr-trend im Dezember 2005 der hohe Stellenwert der Musik offenbar rückläufig ist. Trotzdem bleibt festzustellen, dass man hohe Verweildauern eher mit Musik als durch das Wort erreicht. Natürlich richten sich die Radionutzungsmotive auch nach den Radioformaten.

Generelle Entwicklung der Radioreichweiten

Eine böse Überraschung bescherte vielen Programmamachern die MA 2006/1. Im Vergleich zur vorher gehenden Reichweitenuntersuchung sank die Radionutzung dramatisch. Genauer gesagt um rund eine Million „Hörer

gestern“. Zwischen 2001 und 2006 sank die Verweildauer um 13 Minuten auf 252 Minuten pro Tag. Die Hördauer verringerte sich um 16 Minuten auf 201. Bei genauerer Untersuchung der Zahlen kommt man zu folgenden Erkenntnissen:

- Es gibt weniger Stammhörer, die Hörtreue sinkt.
- Hörer hören weniger Radio, die Zahl der Nichthörer steigt.
- Die Radionutzung im Haus sinkt, außer Haus bleibt sie stabil.
- Die Radionutzung sinkt vor allem nachmittags.
- Hör- und Verweildauer und Reichweite sinken vor allem bei 20- bis 29-jährigen Frauen sowie bei der jugendlichen Zielgruppe der 14- bis 19-Jährigen.
- Das Medienzeitbudget verschiebt sich in der jungen Generation zu Ungunsten des Radios hin zum PC/Internet, CD und MP3-Player.

Wie man Radio hört

„Der Begriff ‚Radio hören‘ ist keineswegs eindeutig und die Frage, was heute unter Radio hören zu verstehen ist, nur scheinbar trivial“, wiederholte Medienforscher Oehmichen vor den Seminarteilnehmern eine Erkenntnis, die schon 2001 in den „Media Perspektiven“ veröffentlicht wurde. Wechselnde Aufmerksamkeitsgrade beim Radio hören scheinen selbstverständlich, werden aber selten explizit thematisiert und sind bislang kaum empirisch erforscht. Dies ist eine der eklatanten Schwächen der bisherigen Radionutzungsmessung durch die Media-Analyse: Konzentriertes Zuhören wird genauso gewertet wie halbwusste Wahrnehmung von „Radiogedudel“ im Hintergrund.

„Dieser Tatsache“, so Oehmichen, „wird bislang bei der Diskussion um Radionutzung und Reichweiten kaum Rechnung getragen.“ Dabei müsse es Radiomacher und Werbewirtschaft doch interessieren, wann und bei welchen Angeboten die Hörer tatsächlich mit welchem Grad der Zuwendung erreicht werden.

Radio im Medienvergleich

Mitgebracht hatte Oehmichen auch Daten zur Informationsnutzung des Radios im Medienvergleich. Erhoben hat sie die ARD im Jahr 2004. Auf die Frage: „Welches Medium haben Sie in den letzten vier Wochen genutzt, um sich über aktuelle Ereignisse in Deutschland und der Welt zu informieren?“, benannten zwölf Prozent der 1000 Befragten das Radio, elf Prozent das Internet. Ungeschlagen an der Spitze lag das Fernsehen mit 59 Prozent, gefolgt von der Tageszeitung mit 33 Prozent.

Bei politischen Informationen steigt derzeit die Nutzung der Tageszeitungen deutlich auf 45 Prozent, während sich die Nutzungsdaten der anderen Medien nur geringfügig verschoben.

Bei aktuellen Ereignissen aus der Region vertrauten 16 Prozent auf das Radio, nur noch 23 Prozent auf das Fernsehen und 54 Prozent auf die Tageszeitung.

Fazit

Im Fazit seines Vortrags verwies Oehmichen bezüglich der Frage, ob das Wort Hörer bindet oder zum Abschalten verleitet, auf eine derzeit offensichtlich widersprüchliche Situation:

Einerseits bestehe ein relativ großes und eher gestiegenes Interesse an aktuellen und Hintergrundinformationen im Radio. Andererseits biete das Radio ein relativ schwaches und in den letzten Jahren eher noch reduziertes Wortangebot. Dem entspreche ein niedriges Nutzungs niveau der Hörer

von Radiosendern mit hohen Wortanteilen. Viele Zuhörer assozierten Musik und nicht Wort mit dem Medium Radio. Die Tendenz beim Radio, das Kompetenzfeld Information/Journalismus gänzlich (an andere Medien) zu verlieren, verstärke sich.

Auf die Frage, inwiefern beispielsweise Podcasting-Strategien hier zu einer substanzuellen Wende beitragen können, gibt es noch keine Antworten aus der Hörfunkforschung. ■

*Zusammenfassung:
Inge Seibel-Müller*

Radiointeresse Wort/Musik

hr-trend Dezember 2005 und September 2000 im Vergleich
n=951, Antwortkategorie: *voll und ganz wichtig*, in %

	Gesamt 2005	Gesamt 2000	Differenz
Nachrichten	68	61	7
Musik	58	65	-7
Hintergrundinformationen zu aktuellen Nachrichten	41	37	4
aktuelle Infos aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	38	33	5
Regionale Informationen	28	28	0
Ratgeber und Verbraucherinformationen	22	24	-2
Hintergründe zu Fragen aus Gesellschaft und Politik	16	16	0
Kulturinformationen	10	12	-2
News zu Prominenten und Stars, "Klatsch"	3	5	-2

- Das Interesse, vom Radio aktuell informiert zu werden sowie Hintergründe und Zusammenhänge erläutert zu bekommen, ist ebenfalls seit 2000 gestiegen.
- Der hohe Stellenwert der Musik im Radio ist rückläufig.

Wort im Radio

Hier kommt Hessen **hr**

Opfergeschichten – Opfergeschichte: Politische Verfolgung unter NS-Herrschaft und Stalinismus

Ob die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts mehr Ähnlichkeiten oder mehr Unterschiede aufweisen, ob sie überhaupt verglichen werden können beziehungsweise dürfen, oder ob ihre Gemeinsamkeiten nicht doch geradezu auf der Hand liegen, wird immer wieder kontrovers diskutiert. Über weite Strecken erscheint dieser Streit allerdings recht künstlich. Daher wollte diese Tagung den Blick von der globalen und damit abstrakten Beschreibung jener Diktaturen hinlenken auf exemplarische Einzelschicksale. Als besonders aufschlussreich erwies sich eine solche biographische Betrachtungsweise von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur aus der Sicht von Menschen, die durch ihre Biographie einer Doppelverfolgung ausgesetzt waren. Unter der Leitung von Jürgen Weber haben sich Fachhistoriker und Zeitzeugen mit dieser Thematik beschäftigt, die beim Publikum auf großes Interesse stieß.

Doppelverfolgung der Zeugen Jehovas

Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im NS-Regime und im Kommunismus, ein bisher wenig erforschtes Gebiet, wurde als Beispiel für eine solche Doppelrolle gewählt. Zuerst 12 Jahre in der nationalsozialistischen Diktatur verfolgt, ging die Unterdrückung der Anhänger dieser religiösen Gruppierung 40 Jahre lang im kommunistischen System in Ostdeutschland weiter.



Der Historiker Hans-Hermann Dirksen forschte über die Verfolgung der Zeugen Jehovas.

„Bemerkenswert ist dabei“, stellte Hans-Hermann Dirksen, Jurist und Historiker aus Bad Camberg, fest, „dass das Verhalten der Zeugen Jehovas immer gleich war, in jedem Fall war die Abstinenz von der politischen Teilnahme, die Einforderung von religiösen Freiheitsrechten und auch die Verweigerung des Kriegsdienstes durch die Zeugen ausschlaggebend für die Verfolgung. Ihre Evangelisierungstätigkeit sollte nicht als Religionsausübung gelten, sondern als Deckmantel krimineller Aktivitäten dargestellt werden und somit eine Kriminalisierung der Glaubensanhänger bewirken.“ Im Nationalsozialismus gingen die Zeugen Jehovas nicht zu Wahlen und verweigerten den Hitler-Gruß als Gotteslästerung. In der DDR verhielten sie sich politisch ebenfalls neutral, sie beteiligten sich nicht aktiv am Aufbau des Regimes und waren damit Regimegegner. Die Verbotsverfügung gegen die Zeugen Jehovas in der DDR hatte dann auch einen fast identischen Wortlaut wie im NS-Staat.

Leben zwischen Bangen und Hoffen

Das Schicksal, von zwei totalitären Regimen verfolgt zu werden, hat auch der in Prag geborene Wirtschaftswissen-

schaftler und ehemalige Häftling im KZ Auschwitz, Jiri Kosta, erlitten. Doch im Gegensatz zu den Zeugen Jehovas glaubte er anfangs an das sozialistische System und wollte bei dem Aufbau eines neuen Staates in der Tschechoslowakei nach 1945 mithelfen. Unter der NS-Besatzung in der Tschechoslowakei wegen seiner jüdischen Abstammung verfolgt und in Konzentrationslager inhaftiert, wurde er auf dem Todesmarsch aus Auschwitz von der Roten Armee befreit. Im Prag der Nachkriegszeit genoss er Ansehen als Verfolgter des Nationalsozialismus und engagierte sich für den Aufbau des



Jiri Kosta wurde von Nazis und Kommunisten verfolgt.

Sozialismus. Doch änderte sich das politische Klima bald, er erhielt Berufsverbot und verlor seine Stellung im Außenhandelsministerium. In der folgenden Zeit arbeitete er im Zwangs-einsatz als angelernter Arbeiter, Angestellter und als Lehrer an Fachschulen für Wirtschaft. Nach einer Begegnung mit Ota Sik – einem Exponenten des tschechischen Reformkommunismus – stellte ihn dieser als Sekretär ein, und so wurde er ein maßgeblicher Mitgestalter der Wirtschaftsreformen des Prager Frühlings von 1968. Nach dessen Niederschlagung durch die Trup-



pen des Warschauer Paktes musste er in den Westen fliehen, wo er wenig später in Frankfurt am Main als Professor seine zweite wissenschaftliche Karriere begann.

Ähnliche Erfahrungen

Friedhelm Boll, Historiker bei der Bonner Friedrich Ebert-Stiftung, interviewte in einer Studie über 100 Verfolgte des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Viele Holocaust-Überlebende fühlten sich demnach verpflichtet, über das Erlebte zu reden, um an ihre Kameraden zu erinnern, zusammengefasst in der Formel: „Schweigen ist Schuld“. Dabei stießen die Überlebenden jedoch oft an die „Grenze des Sagbaren“.



Lothar Otter wurde bis 1988 von der Stasi im Westen bespitzelt.

Generell sind jedoch die Erfahrungen der Holocaust-Überlebenden mit denen der politischen Häftlinge im Nationalsozialismus und in der DDR nicht zu vergleichen. Die Erfahrung der politisch Verfolgten beider Systeme weisen jedoch hohe Ähnlichkeiten auf. Beide erlitten durch mangelndes öffentliches Interesse und fehlende Anerkennung eine „zweite Traumatisierung“. Zweifel an dem Wahrheitsgehalt ihrer Erzählungen führten oft zu erneutem Schweigen. Boll vertritt daher die Meinung, dass trotz der Unterschiede der diktatorischen Systeme die Haft erfahrungen der politischen Häftlinge sehr ähnlich sind.

„Opfer zweiter Klasse“

Der ehemalige Bautzen-Häftling Lothar Otter bestätigte diese „zweite Traumatisierung“ durch Erzählungen von Kameraden. Viele Verfolgungsop-



Friedhelm Boll: „Haft erfahrungen der Holocaust-Überlebenden und der politischen Häftlinge sind sich ähnlich.“
Fotos: Wagner

fer aus der frühen Zeit der DDR oder der sowjetischen Besatzungszeit bezeichnen sich auch immer wieder als „Opfer zweiter Klasse“, da bis heute in der Öffentlichkeit wenig über ihr Leid berichtet werde. Er selbst stellt eine Ausnahme dar, da sein Name einer der ersten war, der in Verbindung mit den „verbrecherischen Manipulationen der Sowjets“ (Herbert Wehner im Oktober 1949) bekannt wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte Otter sich aktiv in Ost-Berlin in der Jugendarbeit und wandte sich nach der Gleichschaltung der Mehrheit der Jugendgruppen durch die FDJ unter Erich Honecker bald der sozialdemokratischen Gruppe „Die Falken“ zu. Diese wurde jedoch überwacht. Unter dem Vorwand der Verdächtigung, an einem Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein, wurde Otter bald darauf verhaftet und in einem geheimen Prozess zu 25 Jahren Haft verurteilt. Der eigentliche Anlass für dieses Urteil war allerdings seine Beteiligung an einer Flugblattaktion für „Freiheit in der SBZ“. Nach sechs Jahren Haft kam er frei, jedoch erst als er sich schriftlich

verpflichtete, „Informationen über staatsfeindliche Äußerungen“ zu liefern, also zu spitzeln. Dem entging er durch die Flucht in den Westen, wo er noch bis 1988 vom Staatssicherheitsdienst der DDR überwacht wurde.

Folgen totalitärer Regime

Für die Analyse der Folgen von totalitärer Herrschaft empfahl Joachim Gauck, Gründer und langjähriger Leiter der nach ihm benannten Behörde



Joachim Gauck: „Beim Ja-Sagen zur Freiheit gibt es in den neuen Bundesländern noch Nachholbedarf.“

zur Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen in Berlin und Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen, für Demokratie e.V., Berlin, statt der Opferterminologie die Begrifflichkeiten von „Verlust“ und „Folgen“. Denn Verluste waren im religiösen Brauchtum zu verzeichnen, in der Gewerkschaftskultur, im regionalen Bewusstsein und vor allem in den politischen Strukturen. Und „durch Strukturen und nicht nur durch Menschen wird ja die politische Kultur eines Landes geprägt.“ Das heißt, unter der totalitären Herrschaft wurden die Gesellschaften „von allen Elementen, die sie zu einer Demokratie machen, entkernt und die dabei entstehende Instabilität wurde mit einem Stabilitäts surrogat ausgeglichen, einem Stützpfeiler in Form einer Ordnungsmacht.“ Dieser Verlust von demokratischen

Strukturen war unter anderem dadurch möglich, dass Menschen auf ihre Freiheit verzichteten. „In bestimmten Situationen werden Menschen freiwillig auf Freiheit verzichten, wenn sie etwas dafür bekommen. Und in beiden Gesellschaften haben sie etwas dafür bekommen, jedenfalls, wenn sie sich fügten. Sie waren Teil einer Gemeinschaft.“ Die Ideologie diente dann zur Unterstützung des Glaubens an die Gemeinschaft, ist also die Fluchtmöglichkeit aus der Freiheit und stillte gleichzeitig den natürlichen Hunger des Menschen nach Religion und nach Ritualen.

Mit Bezug auf Erich Fromm war es Gauck deshalb wichtig festzustellen, dass Freiheit auch in einer Demokratie selbstständig ergriffen werden muss. Dieses „Ja sagen“ zur Freiheit beinhaltet die Annahme von Verantwortung und Teilnahme am politischen Geschehen. Das heißt, es muss ständig eingeübt werden. Vor allem in den neuen Bundesländern, so Joachim Gauck in seinem Vortrag, herrsche diesbezüglich noch Nachholbedarf als mentale Folge der totalitären Langzeit-herrschaft.

Stille Helden

Aber auch in Zeiten totalitärer Regime fanden sich Menschen, die ihre Freiheit nicht aufgegeben haben. Darüber berichtete die Historikerin Beate Kosmala von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. So gelang es im Nationalsozialismus mehr als 5000 Verfolgten ihr Leben zu retten, indem sie mit der Unterstützung von Helfern in den Untergrund abtauchten. Für die Helfer war dies aber mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, bis hin zur Todesstrafe. Die geleistete Hilfe stellte damit, über Zivilcourage hinaus, einen „Extremfall des zivilen Mutes dar“. Die Helfer waren ganz gewöhnliche Deutsche, aus allen Schichten, etwa 3000 sind namentlich bekannt geworden. Es ist jedoch ein überwiegender Anteil von 40-50jährigen Menschen festzustellen, die weder über

Geldmittel noch eine besondere Bildung oder besondere Beziehungen verfügen. Diese Helfer werden erst seit einiger Zeit als „stille Helden“ gewürdig und anerkannt. Lange Zeit be-

„In bestimmten Situationen werden Menschen freiwillig auf Freiheit verzichten, wenn sie etwas dafür bekommen ...“

Joachim Gauck

standen gegen sie unterschwellige Ressentiments, da sie Ausreden widerlegten, man hätte nichts gewusst oder man hätte nichts gegen das NS-Regime tun können. Teilweise wurden die Helfer gar als Verräter an der „Volksgemeinschaft“ betrachtet. Dabei zeigen



Beate Kosmala: „Zwischen den Extremen des völligen Gehorsams und des todesbereiten Widerstandes lagen Alternativen.“

die Geschichten dieser Helfer, „dass zwischen den Extremen des völligen Gehorsams und des todesbereiten Widerstandes durchaus Handlungsalternativen lagen.“

Gespaltene Erinnerungskultur

Doch fand nicht nur in weiten Teilen Deutschlands eine Verdrängung der Vergangenheit statt. In Jahrzehnten der Trennung entwickelten sich auch unterschiedliche Erinnerungskulturen in

Ost- und Westdeutschland, wie die Berliner Historikerin Annette Leo ausführte. Zwar haben sich die Erinnerungskulturen in Ost- und Westdeutschland seit der Wende angeglichen, doch auf regionaler und lokaler Ebene bestehen weiterhin große Unterschiede.

So besteht in Ostdeutschland eine häufige Verkoppelung von Erinnerung an nationalsozialistische und stalinistische Verfolgung, da diese oft am selben Ort stattgefunden hat. So wurde zum Beispiel das Konzentrationslager Sachsenhausen nach Kriegsende fast übergangslos als sowjetisches Speziallager weiter genutzt.



Annette Leo: Gering entwickeltes Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung für Verbrechen aus der NS-Zeit.

Zu DDR-Zeiten blieb dies jedoch ein Tabu, es durfte nicht darüber gesprochen werden. Heute fehlt es dazu an einer öffentlichen Streitkultur, das heißt, es fehlen „Initiativen von unten“, die sich für bisher unbeachtete Opfer einsetzen. Und es ist, nach Ansicht der Referentin, ein nur gering entwickeltes Gefühl von Verantwortung für Verbrechen aus der NS-Zeit in der Bevölkerung auszumachen, da die Selbstdarstellung der DDR als antifaschistischer Staat mit unschuldigen Bürgern bis heute nachwirke. ■

Veronika Wagner

(siehe Pressestimmen Seite 32)

Am Puls der Hauptstadt

Journalisten ergründen in Berlin das Wechselspiel von Politik und Verbänden

Politik, Medien und Verbände bilden seit jeher ein magisches Dreieck mit gegenseitigen Verbindungen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen. Unsere Studien- und Informationsreise für Journalisten nach Berlin wollte das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Politikern, Journalisten und Lobbyisten durchleuchten und transparenter machen. Mit zahlreichen Gesprächspartnern und Informanten in der Bundeshauptstadt wurden Hintergründe des politischen Prozesses und Probleme der Politikvermittlung in der Öffentlichkeit erörtert und diskutiert.

ms



Die Bayerische Landesvertretung in Berlin sieht sich auch als Kulturbotschafter des Freistaats (hier im Bierkeller der „Bayerischen Botschaft“).



Die Journalistengruppe mit der Begleiterin Nicole Sonne (rechts) auf der Besuchertribüne des Bundestags.



Peter Ehrlich (rechts), Vorstandsmitglied der Bundespressekonferenz und Chefkorrespondent der Financial Times Deutschland in Berlin, erläuterte den jungen Journalisten das Zusammenspiel von Politik und Medien in der Bundespressekonferenz.



Der Besuch der Reichstagskuppel gehört zum touristischen Pflichtprogramm in Berlin.

Fotos: Schröder



Der Tourismus-Beauftragte der Bundesregierung, der CSU-Bundestagsabgeordnete Ernst Hinsken (rechts), sah im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft in Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine Gefahr für das Tourismus-Image Deutschlands.



Das Holocaust-Mahnmal am Pariser Platz direkt neben dem Brandenburger Tor war sehr umstritten und hat sich mit dem unterirdischen „Ort der Erinnerung“ nach über einem Jahr zu einem der Besuchermagneten der Hauptstadt entwickelt.



Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD) schilderte das noch immer neue und ungewohnte Zusammenspiel der Parteien und Partner in der Großen Koalition.



Die Tutzinger Journalistengruppe wurde im Reichstag vom neuen Bundestagsdirektor Hans-Joachim Stelzl (Mitte) empfangen.

Foto: Bundestag



Der frühere FDP-Partei- und Fraktionschef Wolfgang Gerhardt, die bayerische FDP-Vorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Passauer Bundestagsabgeordnete Max Stadler (von links) stellten sich den kritischen Fragen zu den Grenzen und Möglichkeiten einer kleinen Oppositionspartei angesichts der Großen Koalition.



Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt (CSU) gab Einblicke in das persönliche Auf und Ab einer politischen Karriere: „Jetzt bin ich bei mir selbst angekommen.“

Julia Topar (rechts), Politikredakteurin in der BILD-Hauptstadtredaktion, verteidigte Kampagnenjournalismus gegen Politiker: „In Zeiten großer Mehrheiten im Parlament sind wir die Stimme des Volkes und die eigentliche Opposition.“



„Der Dienst muss mit der Demokratie vereinbar sein“

Ex-BND-Präsident Wieck für stärkere parlamentarische Kontrolle

Das folgende Gespräch mit Hans-Georg Wieck, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), fand statt am Rande der Tagung „Neue Forschungen zu den Nachrichtendiensten in Deutschland“ und unmittelbar vor den Enthüllungen über Journalisten-Besitzelung durch den BND. Deswegen konnte dieses brisante Thema nicht angesprochen werden.

Report: Herr Dr. Wieck, haben sich die Aufgaben des BND heute im Vergleich zu Ihrer Amtszeit stark verändert? Und wenn ja, in welche Richtung?

Hans-Georg Wieck: Mit der Veränderung der Weltlage ändern sich auch die Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes. Er bekommt ja seine Aufgaben von der Regierung, die die Unterlagen des Nachrichtendienstes als Grundlage für ihre Entscheidungen braucht. Damit legt sie unter anderem den Einsatz von Streitkräften und anderen Strukturen im Ausland fest. Diplomatische Gespräche reichen dafür nicht, es müssen auch Informationen aus den inneren Strukturen eines möglichen Gefahrenherdes gewonnen werden können. Der Bedarf ist also ganz konkret vorhanden. Die heutige Regierung misst den Unterlagen des BND große Bedeutung bei, das kommt schon darin zum Ausdruck, dass die Auswertungsabteilung an den Sitz der Regierung verlegt worden ist.

Bundeskanzler Kohl hat ja angeblich die Expertisen des BND nicht so hoch eingeschätzt, stimmt das so?

Während des Kalten Krieges hat es mehr Distanz zu BND und Verfassungsschutz gegeben, eine Distanz, die ich nie für richtig gehalten habe. Den großen Nachteil, wenn der Nachrichtendienst nicht am gleichen Ort wie die Regierung ist und die Menschen nicht „vernetzt“ sind, hat die Regierung immer zu kompensieren versucht, indem sie Leute aus dem Regierungsap-

parat in den Dienst stellte. Aber auch das hat nicht dazu beigetragen, dass die Dienste und deren Produkte mit größerer Bereitschaft zur Übernahme akzeptiert worden wären. Allerdings muss ich eine Ausnahme machen: So wohl Bundeskanzler Kohl wie auch Außenminister Genscher haben die



Hans-Georg Wieck war von 1985 bis 1990 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Berichterstattung des BND über die Stimmung der Bevölkerung der DDR mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Der BND hat DDR-Bürger über die Themen der Wiedervereinigung befragt, natürlich verdeckt. Dabei hat sich ergeben – und das war ein Novum für die Wahrnehmung der Bevölkerung in der DDR –, dass die meisten von ihnen die Wiedervereinigung wollten. Warum? Weil dann die Sowjets das Land verlassen und das Regime weggehen müsste und danach der Lebensstandard der BRD einkehren könnte. Also: De-

mokratie muss nicht unbedingt sein, das war der Grundton. Das hatte in der Vergangenheit niemand systematisch erarbeitet.

Brauchen wir heute noch einen Auslandsnachrichtendienst, passt diese geheimnisumwitterte Behörde überhaupt noch zu einem demokratischen Gemeinwesen?

Gerade das Beispiel der DDR hat gezeigt: In Diktaturen lässt sich die wirkliche Meinung der Bevölkerung nur indirekt abfragen, also auf geheime, die Menschen schützende Art und Weise. Das ist aber nur ein Punkt. Was nicht so bekannt ist: Der BND hat einen Auftrag für die Aufklärung ALLER für die Sicherheit der BRD wichtigen Entwicklungen außerhalb Deutschlands – militärisch, wirtschaftlich, kulturell, technisch, wissenschaftlich – das ist einmalig in der Welt, dass ein Dienst allen Ressorts zuarbeitet. Der BND muss in allen Krisengebieten der Welt, die für die BRD relevant sind, Mitarbeiter haben. Doch es muss auch eine Möglichkeit geben, unabhängig zu bewerten, was die Geheimdienstnachrichten vortragen. Dafür muss die parlamentarische Kontrolle in noch zu diskutierender Weise ausgeweitet werden. Die Akzeptanz des Dienstes hängt damit zusammen, dass er vereinbar ist mit unserer Demokratie.

Die Historiker würden sich gerne intensiver mit der Arbeit des BND befassen, erhalten aber keinen Zugang zu den Akten. Wird sich da in absehbarer Zeit etwas ändern?

Da wird sich wohl auf absehbare Zeit nichts ändern. Da den Forschern nur ein selektiver Zugang geöffnet werden kann, muss es bei einer Auswahl bleiben, doch ein Forscher wird immer sagen, ich möchte gerne den Rest sehen, das würde auch bei guter Aufarbeitung ins Unendliche führen. ■

Das Gespräch führte Karin Siebert

Politik in Europa

Informationsreise nach Brüssel

Die Akademie veranstaltete gemeinsam mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Kommission eine dreitägige Informationsreise nach Brüssel, unter dem Motto „Politik in Europa“. Zur Teilnehmergruppe unter der Leitung des bayerischen Landesvorsitzenden der DVPB, Peter Hampe, zählten bayerische Journalisten und Multiplikatoren der politischen Bildung aus den Schulen.

Der Tag bei der Kommission begann mit einem Vortrag von Michael Niejahr über die Strukturen und Aufgaben der Europäischen Kommission sowie über den Stand der Debatte um die Europäische Verfassung.

Tonnie de Koster informierte anschließend über die neu – auf Wachstum und Beschäftigung – fokussierte Lissabon-Strategie der EU, bevor die Gruppe an der täglichen Pressekonferenz, dem Pressebriefing der Kommission, teilnahm.

Während des Mittagessens sprach Egbert Holthuis über die „Arbeitnehmerfreizügigkeit nach der EU-Erweiterung“ und über die Probleme mit der „Dienstleistungsrichtlinie“.

Am Nachmittag verdeutlichte Ulrich Krause-Heiber die europäische Strukturpolitik und zeigte insbesondere, inwieweit sie Deutschland und Bayern zugute kommt.

Empfang im „Allerheiligsten“

Schließlich wurde die Gruppe von Petra Erler, der Kabinetschefin von Vizepräsident Günter Verheugen, im „Allerheiligsten“ der Kommission, im Kabinetssaal, empfangen. Erler empfahl vor allem, die Chancen Europas zu sehen – „wir können von 25 Ländern lernen“ – und zu nutzen.



Glaspaläste dominieren das Brüsseler Europaviertel. Hier ein Neubau der EU-Kommission.

Fotos: ph

Der Tag klang mit einem Besuch und Empfang in der repräsentativen Bayerischen Vertretung aus. Die Leiterin, Edeltraud Böhm-Amtmann, ließ es sich nicht nehmen, die Tutzinger Gruppe persönlich über ihre Arbeit und dabei auch über die politikwissenschaftlich besonders interessanten informellen Einflussmöglichkeiten der Vertretung zu informieren.

Am nächsten Tag stand der Besuch beim Europäischen Parlament auf der Tagesordnung. Neben einer Führung durch das neue Parlamentsgebäude mit seiner beeindruckenden Architektur wurde die Teilnehmergruppe spontan von der bayerischen Europaabgeordneten Lissy Grüner (SPD) begrüßt. Anschließend stand der CSU-Abgeordnete Manfred Weber zu einem ausführlichen Gespräch zur Verfügung. Er äußerte sich vor allem darüber kritisch, dass „deutsche und auch bayerische Politiker noch gar nicht voll wahrnehmen, wie viele politische Entscheidungen heute schon in Brüssel fallen“. ■



Interessenvertretung der Bayern in Europa: Das aufwendig restaurierte Institut Pasteur in unmittelbarer Nachbarschaft zum Europaparlament.

Peter Hampe

Wissenschaft und öffentliche Wirksamkeit

Hans Maier zum 75. Geburtstag

Ein Weg in die Politik war nicht gerade ein Betriebsunfall. Aber Hans Maier hat sich nicht gedrängt. Er wurde in bewegten Zeiten – 1970 – gerufen, als Bildungspolitik und Bildungsreform an der Spitze der politischen Tagungsordnung und rebellische Studenten auf der Straße standen.

Als Mitglied des Deutschen Bildungsrates (1966 bis 1970) war er fachlich ausgewiesen. Kurz darauf, als 1968 Wissenschaft und Universität herausfordert waren, hat er zu ihrer Verteidigung die hochschulpolitische Auseinandersetzung nicht gescheut. So wurde er zu einer Zeit, zu der andere vor diesem dornenreichen Amt zurückzuckten, zunächst der Jüngste auf einem vermeintlichen Schleudersitz, später dann der dienstälteste Kultusminister der Republik. Es war ein beispielhafter politischer Weg. Bald galt Hans Maier als jener Kultusminister, „der das stärkste Gefühl für die mögliche Breite seines Amtes“ (FAZ) besaß. Mit diesem Gefühl hat er ideologische Grabenkämpfe überstanden, in Bayern binnen kurzem die gesamte bildungspolitische Landschaft neu vermessen, Kunst, Kultur und Kirchen gepflegt. Sein Erbe ist heute noch Fundament bayerischer Bildungs- und Kulturpolitik.

In der Politik fand sein Wort weit über regionale und parteiliche Grenzen hinaus Gehör, weil er weder zu vereinnahmen, noch zu instrumentalisieren war. Seine Selbständigkeit im Urteil, seine Klarheit in Haltung und Verhalten und seine Verpflichtung zu regelhaftem, ans Amtsethos gebundene Handeln hat er nie zweifelhaft werden lassen.

Als er 1986 aus dem Amt schied, ging mit ihm einer der prominentesten Vertreter jenes Politikertyps verloren, an

dem wir schmerzlich Mangel leiden: fachlich kompetent, intellektuell begabt, beruflich bewährt, politisch gestaltungsfähig – aber von der Politik als Drogé und Karrierevehikel unabhängig. Das Ansehen der Politik stünde nicht in seinen aktuellen Tiefen, gäalten Maiers Qualitäten unverbrüchlich bei der Auswahl des Führungspersonals auch heute.



Hans Maier gab entscheidende Impulse zur Konsolidierung der Politikwissenschaft.

Foto: Weichbrodt

Verankerung in der Politikwissenschaft

Der Öffentlichkeit prägen Menschen sich ein im Maße ihres öffentlichen Wirkens. Doch Hans Maier hat seinen zwischenzeitlichen Wechsel in die Politik zu keinem Zeitpunkt als einen Abschied von seiner ursprünglichen professionellen Bestimmung betrachtet. Es bedurfte daher auch keiner großen Klimmzüge, um sogleich wieder Fuß zu fassen, wenn auch auf dem Guardini-Lehrstuhl mit einer etwas anderen thematischen Schwerpunktbildung als zuvor in der Politikwissenschaft. Aber die Verankerung dort war doch nie zu verleugnen. Hans Maier gehört zur Generation jener Gelehrten, die nach der Wiederbegründung der Politikwissenschaft in Deutschland entscheidende Impulse zur Konsolidierung dieser akademischen Disziplin gegeben haben. Mit seinen Forschungen hat er selbst die ältere Geschichte und Lehr-

tradition seines Faches aufgeklärt. Als Schüler Arnold Bergstraessers und Gerd Tellenbachs hatte er stets verstanden, historische und sozialwissenschaftliche Analysen in seinen Arbeiten fruchtbar zu verbinden. Einige davon gelten als Standardwerk; interdisziplinäre Ausrichtung war ihm stets selbstverständlich. Nach ihm hat es keinen Vertreter der Politikwissenschaft mehr gegeben, der in angesehenen staatsrechtlichen und geschichtlichen Zeitschriften in gleicher Weise publiziert hat und auf seinen Spezialgebieten in diesen Disziplinen gleich ernst genommen worden ist, wie in seiner eigenen. Sein breites Gesamtwerk steht für die historisch-geistesgeschichtlich orientierte Politikwissenschaft in Deutschland, die nicht nur den Weg geebnet hat für die modernen Ansätze empirischer Sozialforschung, sondern auch deren Fundament geblieben ist und bleiben muss.

Mit der Übernahme des Guardini-Lehrstuhls stellten sich neue Aufgaben. Bewältigt wurden sie einerseits durch Rückkehr zu den Wurzeln, aber andererseits ganz deutlich auch durch die Erschließung neuer Arbeitsgebiete, bestimmt durch die philosophischen und kulturtheoretischen Orientierungen dieser Professor.

Hans Maier gehört dem Kuratorium der Akademie seit 1964 an, als er an Stelle seines akademischen Lehrers Arnold Bergstraesser berufen wurde. Den Vorsitz führt er seit 1988 mit Umsicht. Die Akademie verdankt seinem Rat und seiner Reputation viel. Sie hat allen Anlass zur Dankbarkeit über den 75. Geburtstag hinaus und wünscht dem Jubilar weiterhin ein intellektuell neugieriges und reiches Leben. ■

Heinrich Oberreuter

Monument der bayerischen Verwaltung

Zum 90. Geburtstag von Karl Böck

Zwei Kultusministern, Alois Hundhammer und Josef Schwalber, hat er als Persönlicher Referent gedient; unter zwei weiteren, Ludwig Huber und mir, hat er die zentrale Schaltstelle des Hauses am Salvatorplatz, das Ministerbüro geleitet. Er wurde berühmt. Er war fast eine Legende. „Jedermann im Lande kannte / einen, der sich Böck benannte“: so konnte man mit Wilhelm Busch auch von ihm, dem eher Kleingewachsenen, manchmal Schwierigen, oft Emotionalen und Cholerischen, sagen. Am 14. April 2006 wurde Karl Böck 90 Jahre alt.

Sein Name ist aus der Geschichte der bayerischen Verwaltung, besonders der Bildungsverwaltung, nicht wegzudenken. Im Bibliotheks- und Ministerialdienst hat der Jubilar mehr als dreißig entscheidende Jahre bayerischer Bildungspolitik mitgestaltet. Aus bescheidenen Anfängen ist der Bauernbub aus Bocksberg in Schwaben, der Dillinger Gymnasiast und spätere Kriegsteilnehmer, der Theologe und Bibliothekar in der Nachkriegszeit zur zentralen Figur der Bildungsverwaltung im Freistaat Bayern aufgestiegen.



Karl Böck hat mehr als dreißig entscheidende Jahre bayerischer Bildungspolitik mitgestaltet.

Foto: Archiv

Karl Böck war nie bequem. Er verfocht seine Sache mit Leidenschaft, Zähigkeit, oft mit Härte. Es war unmöglich, ihn nicht zu bewundern – und fast ebenso unmöglich, nicht dann und wann mit ihm zu streiten. Aber mit wenigen Menschen stritt man so ertragreich wie mit diesem scharfsinnigen, hochgebildeten Mann. Politik in der Demokratie braucht das Widerlager einer starken Verwaltung – sonst wird

**„Politik in der Demokratie
braucht das Widerlager einer
starken Verwaltung – sonst wird
sie leicht zum Spielball von
Tagesinteressen.“**

Er half mit, die Bildungspolitik der Union „auf der Arbeitsebene“ bundesweit zu koordinieren: in dem von ihm gegründeten „Kissinger Kreis“. Dass Bayerns (und Baden-Württembergs) PISA-Ergebnisse nicht schief in der Luft stehen, sondern ein gutes Fundament für die Zukunft bilden, ist nicht zuletzt auch sein Werk.

sie leicht zum Spielball von Tagesinteressen. Ist nicht unsere heutige Politik oft deswegen so wenig überzeugend, weil sie der Anstrengung des Begriffs, der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Fachmann und Praktiker, dem Ringen um die beste (nicht um die nächstliegende!) Lösung aus dem Weg geht?

Über dem Verwaltungsmann, dem Anwalt politischer Bildung – Böck gehört zu den Mitgründern der Akademie für Politische Bildung Tutzing! – seien andere Tätigkeiten nicht vergessen.

Da ist der Buchgelehrte, der Bibliothekar und Autor, der mit seiner dreibändigen „Sonntagsbibel“ nicht nur die Tradition der alten „Gofine“ erneuert, sondern auch wichtige Beiträge zur Pädagogik der Aufklärung, zur Hagiographie, zur Bildungs- und Verwaltungsgeschichte geliefert hat. Da ist der Historiker, welcher der zeitgeschichtlichen Forschung im profanen wie im kirchlichen Bereich wichtige Anstöße gegeben hat – so wären die sechs Bände des „Bayernprojekts“ des Instituts für Zeitgeschichte, der ersten flächendeckenden Untersuchung der NS-Zeit in einem Land der Bundesrepublik (1977-83), ohne seine Hilfe nicht entstanden. Da ist die bildungspolitische Beratertätigkeit in China – eine der erstaunlichsten Facetten seiner weitgespannten, über Bayern und die Bundesrepublik hinausreichenden Aktivitäten. Böck, Ehrendoktor der Augsburger Theologischen Fakultät, ist auch einer der Mitbegründer des Seniorenstudiums in München. Sogar in komplizierten dynastischen Fragen ist sein Rat gefragt.

**Bedeutender
Verwaltungsmann**

Es gab in der Nachkriegszeit eine Reihe bedeutender bayerischer Verwaltungsmänner, die das kulturelle Gesicht Bayerns geprägt haben – der wohl bekannteste ist Dieter Sattler, aber auch Johannes von Elmenau, Walter Keim, Karl Bayer und viele andere dürfen genannt werden. Unter ihnen ist Karl Böck nicht der geringsten einer. Salut zum neunzigsten Geburtstag! ■

Hans Maier

Stimmungsvolles Johannifeuer am See

Das Brennmaterial war mitten im heißen Sommer 2006 eine Erinnerung an den letzten Winter: unter der wochenlangen, schweren Schneelast waren zahlreiche Äste im Akademiepark gebrochen und warteten auf Entsorgung. Die Idee, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, war schnell geboren: ein Johannifeuer musste her. So kamen Teilnehmer der Tagung über „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ zusammen mit Angestellten und Gästen der Akademie in den Genuss des ersten Sonnenfeuers der fast 50-jährigen Akademiegeschichte.



„Brandmeister“ Konrad Lutzke bei der schweißtreibenden Arbeit.

„Brandmeister“ Konrad Lutzke bei der schweißtreibenden Arbeit.

Gärtner Fridolin Baur und Fahrer Konrad Lutzke hatten einen imposanten Holzstoß aufgeschichtet. Die Damen der Hauswirtschaft sorgten für einen Imbiss am Feuerplatz hoch über dem Starnberger See und schmackhafte flüssige Löschmittel waren ausreichend vorhanden. Einhellige Meinung am Ende eines stimmungsvollen Abends im Park: „Das machen wir im nächsten Jahr wieder!“

ms



Die Gäste unterhielten sich gut im Schein des Feuers.



Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid (links) und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter freuen sich über einen gelungenen Abend am Johannifeuer.

Fotos: Weichbrodt



Fotos: Schröder/Wrase

Neue Visitenkarte der Akademie



Als echtes Schmuckstück und ansprechende Visitenkarte erweist sich die kurz vor der Sommerpause fertig gestellte, neue Einfahrt der Akademie. Für Ortsunkundige ist sie jetzt durch die auffallende Beschilderung besser zu finden. Auch bei Dunkelheit weist das beleuchtete Logo mit dem Schriftzug unseren Gästen den sicheren Weg (siehe Foto). Damit ist die Neugestaltung der Zufahrt und des Vorplatzes vor dem Foyer abgeschlossen.

ms

STARNBERGER MERKUR vom 25. Juli 2006:

Prominente Gäste beim Sommerfest

Unter Vorsitz von Bayerns früherem Kultusminister Hans Maier besprach das Kuratorium der Akademie für Politische Bildung am vergangenen Wochenende das Programm für die nächste Zeit. „Was die Gesellschaft zusammenhält“, soll schwerpunktmäßig behandelt werden. Als wichtige Stichworte nannte Akademiechef Heinrich Oberreuter nach der Sitzung Aspekte der Sicherheit, des Sozialen und der Kultur, den Patriotismus, Europa als Element von Identität und Sicherheit, die Schere zwischen Arm und Reich, Integration und Migration.

chenland, Indien, Polen, Rumänien, Spanien, Taipeh, Tschechien, Ungarn, den USA, Apostolos Malamoussis, der Hochwürdigste Priester der Griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland und laut Oberreuter der „bestangezogene Kleriker Bayerns“, Umwelt-Staatssekretär Otmar Bernhard, Regionalbischofin Susanne Breit-Käßler, Manfred Frühauf, Chef der Vertretung Bayerns beim Bund, Friedemann Greiner, der Direktor der – so Oberreuter – „Evangelisch-ökumenischen Akademie“ in Tutzing. Horst Möller, der Direktor des Insti-

außerdem Vertreter des Bayerischen Rundfunks, des ZDF und etlicher weiterer Medien, schließlich viel Lokal-prominenz von Landrat Heinrich Frey und Pfarrer Peter Brummer bis zu Bürgermeister Peter Lederer und Gemeinderäten.

Hörsaal unter die Erde bauen

... Und schon wird über weitere Baumaßnahmen nachgedacht. Ein seit langem gewünschter Hörsaal, so die Überlegung, könnte unterirdisch gebaut werden. Genau unter der von Akademiebauten eingerahmten Freifläche, auf der das Fest stattfand, könnte der Saal, der 150 Personen fassen soll, vielleicht entstehen, sagte Akademiechef Heinrich Oberreuter am Rande. Die Hanglage würde sich anbieten: Zum See hin könnten Fenster eingebaut werden, die Freifläche bliebe quasi als Dach erhalten. „Ein Konzept ohne störenden Einfluss auf die Landschaft“ meint Oberreuter.

Noch ist das Vision. Immerhin würde das Projekt an die 2,5 Millionen Euro kosten, so Oberreuter. Auch wenn ihm die Akademie-Finanzen nicht mehr Sorgen bereiten wie vor zwei Jahren, als drastische Kürzungen drohten, gibt er sich zurückhaltend: Der Neubau müsse von der Haushaltsentwicklung abhängig gemacht werden. Erfreut äußerte er sich aber sowohl über das bayerische Kultusministerium als auch über das Kuratorium der Akademie: Von beiden fühlt er sich unterstützt. ...



Regionale Polit-Prominenz feierte mit Direktor Oberreuter (rechts Landrat Heinrich Frey und Ursula Männle MdL).
Foto: Treybal

Anschließend trafen sich beim Sommerfest zu Gurken-Zitronen-Happen, Lachsroulade, Lammkotlets und Mokkacreme Persönlichkeiten von nah und fern. Unter den Gästen: Konsuln und Generalkonsuln aus China, Grie-

tuts für Zeitgeschichte, Münchens Ex-Oberbürgermeister Georg Kronawitter und „in seinem Gefolge“ (Oberreuter) dessen Frau, die Landtagsabgeordnete Hildegard Kronawitter, die grüne Landtagsabgeordnete Ruth Paulig,

Bernd Kramer in der BADISCHEN ZEITUNG vom 6. April 2006:

Die deutsche Unentschlossenheit verhindert Jobs

Ausländische Besucher kommen bei einem Abstecher nach Südbaden oft aus dem Staunen nicht heraus: Zwischen dunklen Wäldern und friedlich weidenden Kühen tauchen auf einmal Fabrikgebäude auf, in denen hochmoderne Technik hergestellt wird. Die Unternehmen exportieren sie in den letzten Winkel des Globus. Ein Bild von Dauer oder eine trügerische Idylle?

Deutschland ist Spitzenreiter, was den Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie angeht. Seit 1990 gingen drei Millionen Jobs im verarbeitenden Gewerbe verloren, davon zwei Millionen in Westdeutschland. Dort betragen die industriellen Arbeitskosten 27,60 Euro je Stunde. Ein paar Hundert Kilometer weiter östlich in den neuen EU-Ländern arbeiten Männer und Frauen für 3,30 Euro je Stunde. Ganz zu schweigen von Indern und Chinesen, die für noch weniger Geld an Bändern und Maschinen stehen.

Angesichts dieses Lohngefälles liegt es nah anzunehmen, dass das Sterben der Industrie in Südbaden und damit auch in Westdeutschland nur noch eine Frage der Zeit ist. Die Realität sieht jedoch anders aus. Dies machte vor kurzem eine Tagung zum Thema „Des-industrialisierung ohne Grenzen“ der bayerischen Akademie für Politische Bildung in Tutzing deutlich.

Zuerst einmal die gute Nachricht: Auch in Zukunft werden Unternehmen in der Bundesrepublik und damit auch in Südbaden eine ganze Menge von Gütern produzieren und weiter eine Quelle des Wohlstands sein.

Die schlechte Nachricht: Als Beschäftigungsbringer fallen die Repräsentanten des verarbeitenden Gewerbes weitgehend aus. Weniger wegen der Billigkonkurrenz aus dem Osten. Die Ar-

beitsplätze in den Fabrikhallen fallen vor allem dem technischen Fortschritt zum Opfer. Neue Techniken wie die elektronische Datenverarbeitung ermöglichen es, mehr Güter mit geringerem Einsatz von Personal herzustellen. Wenn noch neue Jobs in der deutschen Industrie entstehen, dann vor allem für hoch qualifizierte Leute wie Ingenieure oder Software-Entwickler. Güter aus Deutschland werden – daran besteht kein Zweifel – in Zukunft noch technologieintensiver und mit anspruchsvollem Service verbunden sein. Wer nicht qualifiziert ist, wird bei ihrer Produktion kaum eine Chance haben.

Die Bedrohung aus dem Osten schrumpft dagegen beim genaueren Hinsehen: Nur gerade einmal sechs Prozent der deutschen Direktinvestitionen im Ausland fließen in das kostengünstigere Osteuropa. 75 Prozent wandern in die westlichen Industrieländer, also Staaten, wo ebenfalls hohe Löhne gezahlt werden.

Das Kostengefälle verringert sich stark, wenn die durchschnittliche Produktivität in den Billiglohnländern in die Berechnungen einfließt. Die ist zum Beispiel wegen einer schlechteren Infrastruktur, bürokratischen Hemmnissen oder einem schlechteren Qualifikationsniveau geringer. So klafft bei den durchschnittlichen Lohnstückkosten (Lohnkosten pro produzierte Einheit) nur eine Lücke von 20 Prozent zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten. Deren Einbindung in die Produktion kann auch Stellen in der Bundesrepublik sichern: So ist ein Teil des deutschen Exporterfolges auch darauf zurückzuführen, dass Unternehmen aus der Bundesrepublik vermehrt die Dienste billiger osteuropäischer Zulieferer in Anspruch

nehmen. Sie erhalten so ihre Wettbewerbsfähigkeit, Jobs in Deutschland bleiben bestehen. Nicht zu vergessen die wachsende Nachfrage aus Osteuropa und Schwellenländern: Polen, China und Tschechien befinden sich heute auf den Rängen zehn bis zwölf der Liste der größten Abnehmer deutscher Industrieprodukte.

Allerdings: Diese Erfolge sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein aus beschäftigungspolitischer Sicht. Eine optimistische Annahme der Wirtschaftsforscher hat sich nämlich zumindest in der Bundesrepublik nicht erfüllt. Der Verlust an Stellen in der Industrie ist nicht durch eine ausreichende Zahl von neuen Dienstleistungsjobs kompensiert worden.

Unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsgesellschaften

Warum? Nach Meinung der Tagungsexperten ist es die Folge deutscher Unentschlossenheit bei der Reform des Wohlfahrtsstaates. Dabei haben sich zwei Erfolg versprechende Modelle herauskristallisiert. Zum einen die skandinavische Variante, die flexible Arbeitsmärkte, geringe Sozialabgaben mit einem hohen Anteil öffentlicher Dienstleistungsjobs verbindet. Der Preis dafür sind relativ hohe Steuersätze. Zum anderen das angelsächsische Modell, das eine hohe Einkommensungleichheit in Kauf nimmt. Hier zahlen die Bürger weniger Steuern, der Arbeitsmarkt ist jedoch ebenfalls flexibel. Die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen kommt vor allem von reichen Privathaushalten. Deutschland hat sich bisher weder klar für den einen noch den anderen Weg entschieden.

(Siehe Bericht Seite 5)

Florian Töpfl in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 19. Juni 2006:

Wenn Mozart heute zur Schule ginge

„9. Passauer Tetralog“: Experten debattierten über die Schwächen des Bildungssystems

... Wäre das Genie Mozart in den Zwängen des modernen Schulsystems untergegangen?

„Mozart hätte es gar nicht zur Schule geschafft“, polemisierte Josef Kraus, Präsident des deutschen Lehrerverbandes, vor 130 Zuhörern. Als siebtes Kind wäre Mozart wohl – „ohne eine Familienministerin als Mutter“ – nie zur Welt gekommen. Und wenn doch, so hätte ihm der Schulpsychologe bald Legasthenie attestiert. Man hätte Mozart wegen Schreibens schlüpfriger Briefchen vor den Disziplinarausschuss gezerrt. Er hätte ständig geschwänzt, es hätte Verweise gehagelt.

„Hat die Entfaltung eines Genies mit Schule überhaupt etwas zu tun?“ fragte Kraus nach diesen Ausführungen in die Runde. „Überhaupt nicht“, so seine Antwort. Mozart sei ohne Schule ein Genie geworden, ebenso wie Schiller trotz Schule – und Nietzsche wegen der Schule. Mit diesen provokativen Thesen wolle er sich gegen den „Machbarkeitswahn“ der modernen Pädagogik wenden. Kraus: „Menschen können von der Schule nicht mit Talenten ‚begabt‘ werden.“

„Wenn Mozart heute in Österreich zur Schule ginge und denselben fördernen Vater hätte, aus ihm würde ebenso ein Genie wie damals“, zeigte sich dagegen die österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrer überzeugt. Hochbegabte Schüler würden in Österreich individuell gefördert. Als Beispiel dafür nannte Gehrer eine junge Geigerin, die jederzeit den Unterricht verlassen könne und viele Prüfungen erst am Ende des Schuljahres schreibe.

Dass auch im bayerischen Schulsystem Begabte künftig noch intensiver gefördert werden sollen, machte der

bayerische Bildungsminister Siegfried Schneider klar. Um dies zu erreichen, sei beispielsweise eine neue Schule für Sportförderung angedacht.

Investieren wir genug Geld in das Bildungssystem?

„Es ist nie genug“ stellte die österreichische Bildungsministerin Gehrer zu dieser Frage lapidar fest – und nahm damit die einhellige Meinung der Expertenrunde vorweg. Deutschland gebe etwa fünf Prozent seines Bruttosozialproduktes für Bildung aus, sagte Kraus. Das sei nur Mittelmaß im internationalen Vergleich. Und der Entwicklungspsychologe Professor Wassiliос Fthenakis, der von Professor Oberreuter als „Papst der Früherziehung“ in Deutschland vorgestellt worden war, fügte hinzu: „Die Schweden investieren pro Kopf viermal mehr als wir.“

Wie viel Bildung muss sein?

„Bräuchte Mozart die Matura überhaupt?“, fragte Bildungsministerin Gehrer in die Runde – worauf Lehrervertreter Kraus einwarf: „Beckenbau-

er hat's auch nicht!“ Bei aller Polemik um diese Frage war sich die Expertenrunde jedoch einig, dass ein „Zurück-schrumpfen der übervollen Lehrpläne“ (Gehrer) erstrebenswert sei. Erst in diesen Freiräumen werde Kreativität und individuelle Förderung möglich, so Gehrer. Auf ein Problem dabei wies der bayerische Bildungsminister Schneider hin: „Eine heikle Frage ist: Was lasse ich weg?“ Hierbei müssten die Widerstände der Vertreter des jeweils betroffenen Faches überwunden werden.

Welche Reformen braucht unser Bildungssystem?

Einen konkreten Vorschlag zur Reform der Lehrerausbildung stellte Professor Fthenakis zur Diskussion: Seiner Meinung nach sollten Kinder künftig von der Geburt bis zur vierten Klasse von gleich ausgebildeten Personen unterrichtet werden. Dies habe zur Folge, dass die Kinder stets mit den gleichen Anforderungen konfrontiert würden. Fthenakis: „Die Bildungsziele müssen von unten nach oben, vom Kindergarten bis zur Universität, konsistent definiert werden.“

Dazu müssten Erzieher und Grundschullehrer allerdings künftig gemeinsam ausgebildet werden. ...

(Siehe Bericht Seite 3)

Zeichnung: Mester



epd am 6. Mai 2006:

Aufbau der Demokratie in der ehemaligen DDR braucht noch Zeit

**Kriegsopfer dürfen in der öffentlichen Wahrnehmung
nicht ausgeblendet werden**

Die Menschen aus den alten Bundesländern sollten nach Auffassung von Joachim Gauck bei ihren Kontakten zu ehemaligen DDR-Bürgern auch demokratische Verhaltensweisen vermitteln. An Beispielen aus der alltäglichen Praxis könnten Schüler oder Mitglieder von Betriebsräten die demokratischen Strukturen in Schulen und Betrieben erklären, sagte Gauck, früherer Bürgerrechtler und Leiter der nach ihm benannten Behörde für die Stasi-Unterlagen am Samstag bei einer Tagung der Politischen Akademie in Tutzing.

Nach der jahrzehntelangen politischen Entmündigung durch das totalitäre Regime in der DDR bräuchten die Menschen in den neuen Bundesländern noch Zeit, um sich in einem demokratischen und rechtsstaatlichen System

zurecht zu finden. Die Mehrzahl der PDS-Wähler stimme nach Beobachtung Gaucks für diese Partei nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Gewohnheit und „Anhänglichkeit an das alte System“.

Das DDR-Regime habe nicht nur einzelne Menschen zu Opfern gemacht, sondern auch grundlegende politische, kulturelle, rechtliche und regionale Strukturen zerstört, sagte Gauck. Bei der friedlichen Revolution 1989 seien viele DDR-Bürger deshalb in erster Linie für die Freiheit für ihre jeweilige Region und Bundesland eingetreten.

In seinem Beitrag zu dem Thema „Totalitäre Regime und ihre Opfer“ mahnte Gauck, die Opfer von Krieg und Vertreibung in der öffentlichen Wahrneh-

mung nicht auszublenden. Die Millionen von Menschen, die durch Kriegshandlungen oder durch Flucht und Vertreibung ums Leben kamen, seien der verbrecherischen Politik der Diktatoren Hitler und Stalin zum Opfer gefallen. Das große menschliche Leiden der Opfer verbiete einen „nostalgischen Blick“ auf totalitäre Regime wie in der damaligen DDR. Bei der Einschätzung und Aufarbeitung des diktatorischen DDR-Systems warnte Gauck die Westdeutschen vor Überheblichkeit. Denn keine Gesellschaft sei gegen Diktatoren gefeit, und während der NS-Zeit habe es auch in allen westdeutschen Städten und Dörfern einen Nazi-Bürgermeister oder Ortsgruppen-Führer gegeben.

(Siehe Bericht Seite 18)

Rainer Hajeck in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 27. April 2006:

Von Zahlenkolonnen und Zukunftsängsten

Die gute Nachricht war auf Seite 41 versteckt. „Während der letzten 30 Jahre sind die Älteren kognitiv und körperlich um fünf Jahre jünger geworden. Die 70-Jährigen sind den früheren 65-Jährigen vergleichbar“. Das war's dann aber auch schon. Auf den übrigen Seiten der Materialsammlung, die der Rentenexperte Franz Ruland nach Tutzing mitgebracht hatte, dominierte eher Negatives – Zahlen, Fakten und Diagramme, die den maroden Zustand der Rentenfinanzen dokumentierten. Immer mehr Rentner, immer weniger Be-

tragszahler, dazu stagnierendes Wachstum und Rekordarbeitslosigkeit: Leistungsminderungen seien unvermeidbar, spätestens im Jahre 2010 werde das Rentenniveau unter die 50-Prozent-Marke rutschen. Zwei Millionen Pflichtversicherte, so Ruland, seien den Rentenkassen seit 1992 abhanden gekommen, zugleich habe sich die durchschnittliche Rentenbezugszeit auf fast 18 Jahre erhöht; da sei an einen staatlich abgesicherten Alterswohlstand nicht mehr zu denken.

Der gängigen Politikerschelte mag sich Ruland nicht anschließen, im Gegen teil; selbst Norbert Blüm („die Rente ist sicher“) bekommt ein paar Freundlichkeiten ab. Ohne die Reformen der letzten zwanzig Jahre würden die Beiträge bis 2030 auf schwindelerregende 42 Prozent klettern; dank der ständigen Modifizierung der Rentenformel werde es bei einem Anstieg auf etwa 22 Prozent bleiben. ...

(Siehe Bericht Seite 5)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

37-1 11. – 13. September

Alt – agil – aktiv! Leben und Wohnen im Alter

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Miriam Wolf / Gerd Rudel

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-2 11. – 15. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-3 15. – 16. September

Ausverkauf der Meinungsvielfalt?

Publizistische und politische Folgen der Medienkonzentration

In Zusammenarbeit mit dem Münchener Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-1* 18. – 21. September

Wasser, Öl und Religionen – Spannungsfeld Naher Osten

In Zusammenarbeit mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen
Dienstes in Bayern e.V.

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-2 22. – 24. September

Verschiedenheit neu denken

Neuere Forschungen zu Toleranz und Multikulturalismus

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung
des politischen Denkens

Leitung: Miriam Wolf / Henning Ottmann

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

39-2* 25. – 29. September

Eine Welt – Entwicklungs- und Industrieländer in gegenseitiger Abhängigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Oktober

40-1 5. – 6. Oktober

Der deutsche Mittelstand

Binnen- und außenwirtschaftliche Probleme

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

41-1* 9. – 13. Oktober

Soziale Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan

45. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

41-2 13. – 15. Oktober

Kriege – Krisen – Katastrophen

Medien im Ausnahmezustand

Leitung: Saskia Hieber / Michael Schröder / Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-1* 16. – 20. Oktober

Sozialpraktische Grundbildung und Soziakunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-2 16. – 18. Oktober

Grenzen des Zeigbaren

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz (EAM)

Leitung: Michael Schröder / Kathrin Geiger

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

42-3 20. – 22. Oktober

Dem Raubtier auf die Zähne gefühlt: Turbokapitalismus versus Soziale Marktwirtschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Heike Bäuerle

H.Baeuerle@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Raus

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

43-1 23. – 25. Oktober

Afrika verstehen lernen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-2 27. – 29. Oktober

Privatheit zwischen Freiheit und Sicherheit

In Kooperation mit der Fachhochschule München

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Marie-Theres Tinnefeld / Thomas Petri

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

43-3* 23. – 25. Oktober

Geistige Grundlagen Europas

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf / Anna Kübel / Renate Markoff

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

November

45-1* 6. – 10. November

China gestern und heute. Der Aufstieg einer neuen Weltmacht?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-2* 6. – 8. November

Wachstumsbranche Korruption – Wie wehrt sich der Rechtsstaat?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

45-3 10. – 12. November

Öl, Terrorismus, Machtwechsel – Was bewegt die Golfregion?

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

45-5 8. – 9. November

Kinderarmut in Deutschland

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

46-1* 13. – 17. November

Medienmacht und Machtmisbrauch

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Akademie für Politische Bildung
Postfach 1162, 82323 Tutzing
PresseSendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte an der Wyszinski-Universität in Warschau über die Rolle von Christentum, Nation und Bürgerschaft in der Europäischen Union, zum 25. Jubiläum der Akademie Biggesee über Akademien als Treibhäuser der Zukunft und in Dresden bei einem Forschungskolloquium der TU Dresden mit der VW-Stiftung über Werte als Herausforderung aktueller Politik. Zum dies academicus der Universität Passau hielt er den Festvortrag über „Hochschulpolitik in der Wissengesellschaft“. Beim Symposium „Christ und Zeit“ zum 75. Geburtstag Hans Maiers an der Universität München sprach er über „Politikwissenschaft – eine alte, junge und etablierte Disziplin zugleich“. Beim Katholikentag in Saarbrücken führte er ein Streitgespräch zum Thema „Was heißt denn da gerecht?“ Anlässlich einer deutsch-amerikanischen Fachtagung in Wildbad-Kreuth über die „Fragilität der Demokratie“ referierte er über „Erosionsprozesse des Parlamentarismus“. Über die aktuelle politische Situation in Deutschland sprach er u.a. in Kulmbach und Eggenfelden.

KURATORIUM

Der Kuratoriumsvorsitzende Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) **Hans Maier** feierte seinen 75. Geburtstag.
Der frühere Vorsitzende Dr. Dr. h.c. **Karl Böck** beging seinen 90. Geburtstag.
Siehe dazu die Würdigungen auf S. 26 und 27.

KOLLEGIUM

Saskia Hieber hielt in der Hanns-Seidel-Stiftung Wildbad Kreuth einen Vortrag zum Thema „China – Werden einer Wirtschaftsmacht“ und sprach an der Universität Regensburg über „Chinas Ressourcenhungern“.

Stefan Köppel analysierte in Potsdam und Passau die italienischen Parlamentswahlen und referierte in Bad Bevensen über die vergleichende Analyse von Verfassungsreformprozessen.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing